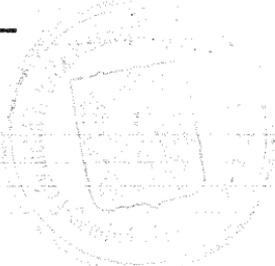


34 - D - 500  
Prof. Dr. Jan Loevenstein:

DIE WELTKRISE,  
DER UNTERVERBRAUCH  
UND DER GELDWERT

*Zu den Einwendungen gegen  
meine Theorie der Krise.*

III abg 220/a



1 9 3 2

III. - 12. 198.

Kommissions-Verlag der J. G. Calve'schen  
Universitäts Buchhandlung,  
Prag.

1464/390.

## VORWORT

Ende des Jahres 1931 gab Professor Dr. Jan Loevenstein sein Buch „Die Weltwirtschaftskrise, ihre Diagnose und Therapie (Der Kapitalismus am Scheidewege)“ heraus. Die besondere Aktualität des Problems und die Originalität der Ansichten und Lösungen des Autors in diesen Fragen hatten zur Folge, dass sich in wissenschaftlichen Kreisen eine lebhaft diskutierte über die von Professor Dr. Jan Loevenstein in dem erwähnten Buche aufgeworfenen Fragen entwickelte. Professor Loevenstein veranstaltete eine Reihe von Vorträgen über die Weltwirtschaftskrise und beantwortete bei diesen die gegen seine Auffassung erhobenen Einwendungen. Die hauptsächlichsten Einwendungen gegen seine Theorie, seien dieselben nun in Artikeln oder in den Debatten vorgebracht worden, fasste Professor Loevenstein in zwei in tschechischer Sprache verfassten Abhandlungen zusammen und beantwortete dieselben in ihnen. Es sind dies die Abhandlungen: „Světová krize a podkonsum“ (Hospodářská politika, Praha 1932) und „Světová hospodářská krize a hodnota peněz“ (Publikace sociálního ústavu Č. S. R., Praha 1932, čís. 56).

An der Diskussion beteiligte sich auch eine Anzahl deutscher Fachleute, und deshalb hatte Professor Dr. Jan Loevenstein eine deutsche Ausgabe der genannten beiden Abhandlungen in Vorbereitung. Ein tragischer Tod machte allen seinen Plänen und somit auch dieser seiner Absicht ein Ende.

Es ist ein Verdienst der Familie des Verstorbenen, die das Andenken Professor Dr. Loevensteins durch die Herausgabe aller Werke aus seinem wissenschaftlichen Nachlasse ehren will, dass sie sich entschloss, auch diese beiden Abhandlungen in deutscher Sprache

erscheinen zu lassen. Dieser Verdienst ist unserer Ansicht nach um so grösser, als die in den beiden Abhandlungen enthaltenen Gedanken des Autors trotz der Verspätung, die durch seinen Tod hervorgerufen wurde, stets hoch aktuell bleiben und es verdienen, dem Wunsche des Verstorbenen nach auch den deutschen Fachkreisen, soweit sie ihnen bis jetzt aus sprachlichen Gründen verschlossen waren, in deutscher Sprache vorgelegt zu werden.

Die verspätete Herausgabe der beiden Abhandlungen erforderte, beide in einem Band erscheinen zu lassen, obwohl sie ursprünglich als zwei separate Artikel gedacht waren. Sie erscheinen jedoch in der Reihenfolge, in der sie in tschechischer Sprache erschienen sind und in der sie auch zu einander gehören. Gerade im Hinblick darauf, dass die Abhandlungen trotz des Zeitraumes, der nach ihrem Aufschreiben verstrich, nicht im geringsten ihre Aktualität eingebüsst hatten, fanden wir es nicht nötig, etwas an ihnen zu ändern, und auch die Ausführungen über die Reparationsfrage blieben unverändert, obwohl diese heute infolge der politisch-wirtschaftlichen Ereignisse teilweise in einem anderen Lichte erscheint.

Der Umstand, dass sich die beiden Abhandlungen samt Anmerkungen auf S. 10—22, 24, 25 und S. 72—74, 77—90 decken, ist darauf zurückzuführen, dass es sich um zwei Arbeiten handelt, die der Autor ursprünglich jede selbständig in Fachzeitschriften zu veröffentlichen beabsichtigte. Wie jedoch der sachkundige Leser erkennen wird, wäre es nicht im Interesse des Gedankenganges gewesen, die in den beiden Abhandlungen sich wiederholenden Ausführungen wegzulassen. Dieser Umstand, sowie auch das Gefühl der Pietät zum Verstorbenen liessen es nicht zu, an der fertigen Arbeit des Autors etwas zu ändern. Der Leser möge sich also das Wiederholen einiger Ausführungen auf diese Weise erklären.

Brünn, im September 1932.

M. Hejdušek.  
Th. Uhde.

## 1. Die Weltkrise und der Unterverbrauch.

(Zu den Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Ursachen und der Abhilfe.)

## INHALT :

A. Einleitung.

B. Die einzelnen kritischen Gesichtspunkte.

I. Unterverbrauch oder Deflation.

- a) Verteidigung der Theorie des Unterverbrauches.
- b) Die gegen die Deflationstheorie zeugenden Argumente.

II. Die Friedensverträge als Ursache der Krise.

- a) Die Finanzklauseln (Reparationen) der Friedensverträge und die internationalen Schulden.
- b) Die Gebietsklauseln der Friedensverträge.

III. Die technische Gruppe.

C. Schlussbemerkungen.

## A. EINLEITUNG.

Es erforderte eine gewisse Zeitspanne, bis die kritischen Beurteilungen meiner Broschüre „Diagnose und Therapie der Weltkrise“ einen solchen Kristallisationspunkt erreichten, dass es mir möglich war, sie in bestimmte Gruppen nach den einzelnen Gesichtspunkten einzureihen. Ich werde diese Einteilung nicht nur bei den in der Presse gebrachten Kritiken, sondern auch bei jenen versuchen, die bei meinen Vorträgen zu diesem Gegenstande mündlich vorgebracht wurden.

Die Einwendungen lassen sich im grossen ganzen in 3 Gruppen einteilen.

Die I. Gruppe bilden die Einwendungen, die behaupten, dass die Weltkrise überhaupt nicht aus Gründen, welche die Güter, sondern welche das Geld betreffen, entstanden ist. Hierher gehören, wie wir sehen werden, nicht nur jene, die sich offen als Anhänger der Deflationstheorie der Krise bekennen, sondern auch diejenigen, welche dies mittelbar tun, wie z. B. jene, welche behaupten, dass die internationale Verschuldung u. Besteuerung nicht deshalb schädlich ist, weil sie Unterverbrauch des Schuldners oder des besteuerten Volkes verursachen könnte, sondern deshalb, weil dadurch seine Zahlungsbilanz verschlechtert wird, sodass es das Gold, das es hat, ausführen muss, kein neues erwerben kann und damit zur Anhäufung der Goldvorräte an einer Stelle und zu Deflationsmassnahmen infolge Mangels daran an einer anderen mit beiträgt. Hierher gehören auch die Gegner des Goldstandards, z. B. Keynes usw.

II. In die zweite Gruppe fallen alle jene, die die Ursache der Krise in den Bestimmungen der Friedensverträge und in den vom Kriege verursachten Verhältnissen sehen. Die einen erblicken die Wurzel des Übels in den *finanziellen Klauseln*, welche Reparationsverpflichtungen für die im Kriege unterlegenen Staaten festsetzen, mit ihnen diejenigen, welche sie in jeder internationalen Nachkriegsverschuldung und also auch in den Schulden erblicken, die aus Gründen der Kriegslieferungen auch die Siegerstaaten aufgenommen haben, oder wieder andere Staaten aus Gründen der Behebung der Nachkriegsschwierigkeiten. Andere sehen die Quelle der Not wieder eher in den *territorialen Klauseln*, durch die zahlreiche kleine Gebiete geschaffen worden seien, die den freien Güteraustausch durch Zollmassnahmen, allenfalls durch Devisenvorschriften usw. bremsen.

III. Die dritte Gruppe ist die technische, d. i. jene Gruppe, die nicht zulassen will, dass jedwede technische Errungenschaft einen ungünstigen Widerhall in der Wirtschaft finden könnte und alle Schäden, soweit sie sich nicht in Abrede stellen lassen, den zahlreichen gesetzlichen und rechtlichen Massnahmen zuschreibt, die veraltet seien, und so den technischen Fortschritt mit den gegebenen Einrichtungen in organisatorischer Hinsicht, wohl infolge der Säumigkeit der Gesetzgebung in ein Missverhältnis bringen.

Wir werden uns mit den Einwendungen in der eben angeführten Reihenfolge auseinandersetzen.

## B. DIE EINZELNEN KRITISCHEN GESICHTSPUNKTE.

### I. Unterverbrauch oder Deflation.

#### a) *Verteidigung der Theorie des Unterverbrauches.*

Es sei mir vor allem erlaubt, vorerst meine eigene Theorie durch Entkräftung der Gegenargumente zu verteidigen und dann erst, mich in zweiter Reihe mit der Deflationstheorie zu befassen und gegen sie meine Gründe anzuführen.

Bei Verteidigung meiner Theorie muss ich zuvor kurz darlegen, mit welchen Argumenten gegen sie operiert wird, damit ich mich mit ihnen auseinandersetzen kann.

Es wird behauptet: Die Rationalisierungstheorie müsste in erster Linie darüber Klarheit schaffen, wieso der Preisrückgang infolge der Rationalisierung ein allgemeiner und plötzlicher sein könne, wo doch der Rationalisierungsprozess stufenweise und von Fachgebiet zu Fachgebiet vorwärts schreite.

Weiters: Eine Preissenkung infolge der Rationalisierung müsste doch eine Erweiterung der Erzeugung (da ein Preisfall ohne erweiterte Erzeugung wieder zu einem Preisaufstieg führen müsste) und demnach, wenn die Einkommen nicht gesunken sind, eine Erhöhung des Wohlstandes zur Folge haben. Eine Preissenkung müsste nämlich in diesem Falle keine Senkung der Einkommen zur Folge haben, diese können unberührt bleiben, da die Unternehmungen für den Preisfall durch erweiterten Absatz entschädigt werden, somit also die Erträge und infolge dessen auch die Einkommen keine Herabsetzung

erfahren müssen. Es sei wohl richtig, dass die einzelnen Arbeiter aus der Arbeit entlassen werden, aber der Verlust ihres Verbrauches wirkt sich nicht am Gesamtverbrauche aus, da der Verbrauchsabgang der einen durch den erhöhten Verbrauch der anderen Schichten wettgemacht werde.

Also: Aus der Rationalisierung ergebe sich kein Unterverbrauch, keine Erzeugungs- und Absatzkrise, sondern im Gegenteil eine Erhöhung des Gesamtwohlstandes. Die Erhöhung der Arbeitslosigkeit könne nur eine sociale Krise hervorrufen (einer einzigen Schichte, der Arbeiterschichte, soweit sie die Arbeitslosigkeit infolge der Mechanisierung betroffen hat). Die Rationalisierungstheorie kläre daher die Krise nicht auf, während man mit Hilfe der Deflationstheorie eine vollkommen zufriedenstellende Aufklärung geben könne.

Auf diesen Gedankengang antworte ich: Sollte mit den genannten Argumenten meine Theorie einer Kritik unterzogen werden — ausdrücklich werde ich wohl nicht genannt, — dann muss ich in erster Reihe entgegen, dass meine Theorie nicht getreu wiedergegeben wurde. Ich habe nämlich nirgends behauptet, dass die „Distributions- und Unterverbrauchskrise“ — so bezeichne ich nämlich die Weltkrise — nur durch die Rationalisierung hervorgerufen wurde, sondern ich bezeichne die Rationalisierung als einen einzelnen Trieb von mehreren der gemeinsamen Ursachenwurzel, die den Unterverbrauch hervorruft. Ausdrücklich spreche ich davon, dass quantitativ die Rationalisierung weitaus nicht die wichtigste Ursache vorstellt, sondern dass der Verbrauchswegfall der Länder mit Silberwährung, die durch den Silbersturz in ihrer Kaufkraft so stark verarmten, die Börsenkrache (der amerikanische und nach ihm der europäische), die Ratengeschäfte, die es ermög-

lichten, dass der Verbraucher seinen Verbrauch auf Jahre voraus verzehrt, und schliesslich psychische Ursachen (eine gewisse Depression), die vom Verbrauche abraten, quantitativ viel wichtigere Posten des Unterverbrauches darstellen, dass jedoch die Rationalisierung qualitativ sehr wichtig ist, da ihre Schädlichkeit mit dem Wesen des kapitalistischen Systems zusammenhängt. Man darf also nicht — bei getreuer Wiedergabe meiner Theorie — die „Deflationskrisentheorie“ gegen die „Rationalisierungstheorie“ stellen, da sich dies nicht mit dem deckt, was ich behauptet habe, sondern man muss sich gegen die „Unterverbrauchskrisentheorie“ stellen. Wären jedoch meine Behauptungen richtig wiedergegeben und auch die übrigen Ursachen des Unterverbrauches erwähnt worden, die ich anführe und von denen ich noch ausserdem behaupte, dass es nicht alle seien, sondern nur die wichtigsten, würde es sich sofort ergeben haben, dass, wenn es auch gelänge, bezüglich der Rationalisierung nachzuweisen, dass sie keinen Unterverbrauch und keine Krise, sondern Wohlstand hervorrufe, ein solcher Beweis bezüglich der übrigen von mir aufgezählten Ursachen versagen müsste und dass also meine Unterverbrauchstheorie der Deflationstheorie nicht so leicht unterlegen wäre. Es ist wohl nicht meine Theorie (des Unterverbrauches) unterlegen, sondern die „Rationalisierungstheorie“ und zwar infolge des erwähnten Versehens, und ausserdem auch nur scheinbar. Dass die Rationalisierung weder Unterverbrauch noch Krise, sondern im Gegenteil ein Anwachsen der Produktivität und des Wohlstandes hervorrufe, konnte nämlich nur auf Grund zweier irriger Voraussetzungen nachgewiesen werden.

Die eine ist die *Voraussetzung, dass der Preissturz, der in der Krise in katastrophalem Ausmasse eintrat,*

von der „Rationalisierungstheorie“ der Herabsetzung der Selbstkosten infolge der Rationalisierung und keineswegs dem Unterverbrauche zugeschrieben wird. Dies ist jedoch ein Irrtum. Auch ich behaupte ausdrücklich auf Seite 54 meiner Broschüre, dass von den Rationalisierungsersparnissen der letzte Verbraucher fast gar keinen oder wenigstens keinen wesentlichen Nutzen hatte. Zu einem Vorteil hätte er auf *zwei Wegen* gelangen können. Einerseits unmittelbar dadurch, dass der Preis der Güter gesunken wäre und er also bei ungeschmälerter Höhe seiner Einkünfte seinen Wohlstand um den aus der Preissenkung hervorgegangenen Unterschied vermehrt hätte. Andererseits auch mittelbar dadurch, dass die Rationalisierungsersparnisse dem Unternehmer für seinen persönlichen Verbrauch, zum Beispiel den Aktionären in Form der Dividenden, und *so mittelbar den Verbrauchszwecken* zugute gekommen wären. Der Erfolg hat sich in keiner der erwähnten Richtungen voll eingestellt: entweder überhaupt nicht, oder nur in sehr geringem Masse. *Die Preise sind nicht merklich gesunken*, einerseits deswegen, weil sich die Unternehmungen im wahnsinnigen Investitions- und Rationalisierungsfieber für eine weitere Rationalisierung vorbereiteten und daher verschiedene Investitionseinrichtungen in weit kürzeren Fristen als je vorher abschreiben mussten. Wenn dies die Bilanzvorschriften nicht gestatteten, musste dies im Wege verschiedener Reserven geschehen, aber es musste notwendigerweise auf Kosten der Preisermässigung erfolgen. Diese beschleunigte Erneuerung geschah zweifellos auf Rechnung und zu Lasten des Verbrauchers, denn die schnelle Amortisierung bildete auch einen Regieposten mehr und gestattete es nicht, die Preise derart herabzusetzen, wie dies bei der allmählichen Amortisation vor dem Kriege geschehen wäre. (Der

Verbraucher zahlte sich auf die rasche Erneuerung der Maschinen oft überflüssig zu, da die neuen Maschinen ihre volle Leistungsfähigkeit, für die sie eingerichtet waren, nicht entfalten konnten, da sie durch die Mechanisierung den Verbraucher, den sie beliefern sollten, von der Erzeugung und daher auch vom Verbrauche selbst ausschlossen.)

Der Preisrückgang wurde im Laufe des Zeitabschnittes der fieberhaften Rationalisierung weiters mit Erfolg auch von zahlreichen Kartellen und Trusten, welche die Preise in einer gewissen Stabilität hielten, um Reservenansammlungen für weitere Investitionen zu ermöglichen, aufgehalten. Nur vereinzelt hat die Rationalisierung zu einer merklichen Preissenkung geführt. (Bafa, Ford.)

Aber nicht einmal mittelbar hat der Verbraucher von der Rationalisierung eine angemessene Stärkung erfahren. Die Unternehmungen verwendeten, auch wenn sie durch die Rationalisierung an den Erzeugungskosten ersparten, die Ersparnisse bloss zu einem geringen Teile für Zwecke des letzten Verbrauches (wie z. B. durch Gewinnaufteilung unter die Aktionäre in Form von Dividenden), und den Rest, d. i. den grössten Teil, verwendeten sie wiederum zu neuen, namentlich maschinellen Investitionen und zur Erhöhung ihrer Rationalisierungsmethoden. Die Rationalisierungsersparnisse wurden also in beiden Fällen vor dem Verbrauchsstadium meistens vom Unternehmen für neue Investitionen zurückgehalten. Und so wurde das letzte Glied der Verbrauchskette, d. i. der Mensch als Verbraucher — und zwar weder der Unternehmer selbst (z. B. der Aktionär), noch ein anderer Verbraucher — auch nicht im Entferntesten der „Hauptbedachte“ aus der Rationalisierung.

Wer schöpfte also den Rahm der ganzen Rationalisierung ab? Cui bono? Meiner Ansicht nach war es die

innere technische Ausrüstung der Industrieunternehmen. Es wurden dieselben für eine ungeheure Leistungsfähigkeit mit billiger Erzeugungsmöglichkeit eingerichtet, diese wurde jedoch nicht voll ausgenützt, da einerseits die Zölle, andererseits der Wegfall von Verbrauchern infolge der Arbeitsmechanisierung, also die Arbeiterentlassungen die Absatzmöglichkeit einschränkten. Diese soeben geschilderte Erscheinung möchte ich als *Überkapitalisierung* bezeichnen. Dieser Vorgang war eigentlich unwirtschaftlich; es war doch gewiss Verschwendung, wenn die Unternehmungen mit Investitionsmitteln ausgestattet wurden, die sie nicht ausnützen konnten (denn statt dessen hätten notwendige Güter für diese Zeit hergestellt werden können). Dieser Schaden war jedoch nicht allzu gross, da die Krise doch nicht aus Mangel an Gütern entstanden ist. Die Überkapitalisierung bedeutet also *eine Verschiebung des Gleichgewichtes zwischen dem letzten Verbraucher und der Kapitalisierung* zu Ungunsten jenes und zu Gunsten dieser und kann auch zu überflüssigen Investitionen führen (wenn wir die Sache vom Standpunkte der Gesamtheit und nicht vom privatwirtschaftlichen Standpunkte der Geldrentabilität betrachten). Ein sehr ernstes Problem taucht jedoch auf, wenn wir bedenken, dass sich die kapitalisierten Beträge in ein solches Kapital (z. B. Maschinen) umwandeln, dessen Sendung es ist, für den Verbraucher und somit gerade für jenen zu erzeugen, der durch die allzu starke Kapitalbildung just vom Verbräuche ausgeschlossen wurde (Beschäftigungslosigkeit).

Was würden wir zu einem Menschen sagen, wenn er herrliche Pferdestallungen bauen würde, seine Pferde jedoch vor dem Baue gerade verkauft hat? Die Menschheit hat sich mit ihrer ganzen Energie auf die Vorbereitung der Erzeugungsmöglichkeit (maschinelle Ausrüstung)

statt auf die Erzeugung selbst geworfen, die Frucht der menschlichen Arbeit äussert sich nicht in fertigen Erzeugnissen zum Vorteil der Menschen, sondern in ständig neuer maschineller Ausrüstung, die Fertigerzeugnisse herstellen sollten und nicht dazukamen. Alles war Vorbereitung, wenig die Tat. So wie wenn ein Schriftsteller Material für ein bestimmtes Werk sammeln würde, aber zu seiner Aufschreibung nicht käme, da er es viel zu gründlich haben wollte. Die Menschheit — bildlich gesprochen — schränkte sich im Essen ein, um sich eine Küche so gut als möglich auszustatten und auszurüsten, und als sie endlich mit dem Kochen loslegen wollte, konnte sie wieder nicht essen, weil ihr die Esslust vergangen war (die Verbraucherkraft geschwunden war). Die Kritik, die „die Rationalisierungstheorie“ beurteilte, ging also von der irrigen Voraussetzung aus, dass diese Theorie die Ansicht vertrete, dass das Essen aus dieser Küche nunmehr deswegen so billig verkauft werde, weil es die Erzeugungskosten gestatten, weil die Kücheneinrichtung so wirtschaftlich arbeite (Preissenkung infolge der Rationalisierungssparsamkeit), in Wirklichkeit verhält es sich jedoch so, dass diese Theorie das Gegenteil verkündet, nämlich, dass es so billig nur aus Gründen *des Unterverbrauchs* verkauft wird, also einesteils deshalb, weil sich ein Teil der Menschen nicht einmal jene billigen Produkte vergönnen kann und der zweite Teil sich sagt: „Wir wissen nicht, was kommen wird, wir schränken daher unseren Verbrauch möglichst ein und werden uns lieber Bargeld bereit halten“ (also sie kapitalisieren wieder).

Mit diesen letzten Bemerkungen hängt die zweite, meiner Ansicht nach ebenfalls *irrige Voraussetzung der Kritik zusammen, dass die verlorene Kaufkraft der unbeschäftigten Arbeiterschaft durch die erhöhte Kaufkraft*

der übrigen Bevölkerungsschichten vollauf ersetzt werde. Ich widme einen bedeutenden Teil meiner kritisierten Publikation gerade dem Nachweise, dass dies nicht möglich ist. Leider erfolgte kein Versuch, die Gründe, die ich dort anführe, zu entkräften, obwohl gegen meine Behauptungen entgegengesetzte Gründe gestellt werden.

Mann könnte einwenden: „Zugegeben, es werde durch die Arbeitslosigkeit der Verbrauch der Konsumenten letzten Ranges, der letzten Glieder der Verbrauchskette gedrosselt. Es wird die Kapitalisierung angeregt. Mündet jedoch die Kapitalisierung selbst nicht in eine gewisse Art von Verbrauch? Gehen denn die ersparten Beträge (zum Beispiel durch Vermittlung der Banken) nicht in die Hand der Unternehmer, die dafür Fabriken, Maschinen usw. anschaffen? Es ist dies wohl kein Endverbrauch, aber es ist doch auch Verbrauch.“

Mit diesem Einwande setze ich mich gleich zu Beginn meines Buches auf Seite 8—9 auseinander. Der Kapitalisierungsverbrauch\*) das ist jener Verbrauch, dem die kapitalisierten Ersparnisse dienen, kann niemals den entgeltigen Verbrauch ersetzen, da er eine ganz andere Erzeugung hervorlockt. *Und darin liegt gerade das ganze Übel.* Der Kapitalisierungskonsum lockt den Bau von Fabriken, die Einrichtung maschineller Ausrüstung u. s. w. hervor. Die Kapitalisierung an sich ist wohl sehr nütz-

\*) In meinem Buche spreche ich nicht von einem „Kapitalisierungs“ — im Gegensatz zum „entgeltigen Verbrauch“, da hiedurch leicht ein Doppelsinn aufkommen könnte. Daher, wo ich dort vom Verbräuche schlechthin spreche, habe ich regelmässig den „entgeltigen Verbrauch“ im Sinne, wogegen ich den Kapitalisierungsverbrauch mit dem Ausdrucke „Kapitalisierung“ bezeichne, obwohl auch dies nicht ganz genau ist, weil einmal unter Kapitalisierung die ersparten Beträge, ein andermal das, was hiefür angeschafft wird, verstanden wird.

lich. Sie war es, die der Menschheit zum Wohlstande verholfen hat. Wenn die einen nicht gespart, also weniger verbraucht hätten, als sie konnten, hätte sich niemals Kapital gebildet (Maschinen usw.). Aber das, woran früher Mangel herrschte, ist jetzt auf einmal im Überfluss vorhanden. Aber auch nicht absolut. An sich könnte der Kapitalsüberfluss niemals schädlich sein. Er würde es der Menschheit erlauben, mit ihm nicht sparen zu müssen, sondern verschwenderisch umgehen zu können. Dies wäre kein Schaden. — „Superflua non nocent“ gerade hier. Aber der Schaden besteht darin, dass die Kapitalbildung und der Endverbrauch in eine Gegenbewegung, in einen *Interessengegensatz gerieten.* Das *Anwachsen des Kapitals (Mechanisierung, Maschinisierung) erfolgt nur um das Opfer des Wegfalles eines Teiles der Verbraucher, obwohl das angewachsene Kapital ihrer nicht nur mehr ertragen, sondern geradeaus mehr benötigen würde.* Der *wachsende Verbrauch (durch Zuwachs der Bevölkerung und ihrer Bedürfnisse) würde mehr Kapital aufbrauchen, erzielt es aber nur um das Opfer des Absterbens gewisser seiner Zweige (Konsumentenschichten).* Kurz, das Kapital wächst auf den Trümmern dessen, wofür es entstanden ist. Zum Unterschied von dem Vogel Phönix, der aus seiner Asche geboren wurde, begräbt sich das Kapital in seinem Fett. Je mehr davon auf diese Weise entsteht, desto mehr Nägel hat es in seinen Sarg eingeschlagen. Weil es die Nahrung, von der es leben soll (nämlich den Verbraucher), im vorhinein aufgezehrt hat.

Dieses Missverhältnis ist ungesund. Werden alle Verbraucher erhalten, dann möge man kapitalisieren und rationalisieren soviel man will, aber erst dann. Die Sache verläuft so: Es kommt zu einer technischen Erfindung (es wird rationalisiert, mechanisiert). Statt des letzten

Verbrauchers, der seines in den entgeltigen Verbrauch mündenden Einkommens verlustig wird, tritt nun in die Arbeit irgend ein Golem, dessen billige Arbeit für den Unternehmer eine gewisse Ersparnis bedeutet, ein; diese Ersparnis wird kapitalisiert\*) und hiefür wird ein neuer Golem (die Überkapitalisierung) angeschafft. Es wird wieder ein endgültiger Konsument samt Einkommen ausgeschieden und die Ersparnis neuerlich kapitalisiert. Und nun tritt der bekannte Widerspruch in Erscheinung, von dem ich ständig in meiner Publikation spreche: Die Golems arbeiten und stellen Güter für die Menschen (für den letzten Verbrauch) her. Sie stellen sie rascher als die Menschen her, bringen davon mehr und wirtschaftlicher hervor. Für die vermittels ihrer selbst erzielten Ersparnisse werden neue Golems angeschafft (es wird kapitalisiert). Je mehr die Technik vorwärts schreitet, desto mehr Golems wachsen zu, desto weniger bleiben Menschen mit entgeltigem Einkommen, mit entgeltigem Verbrauch übrig, da die Golems die Menschen von der Erzeugung, vom Einkommen, vom Verbräuche verdrängen. Die Golems selbst konsumieren jedoch nicht, sie bringen ständig mehr und mehr Güter für die Menschen mit entgeltigem Einkommen und entgeltigem Verbrauch hervor.

Man wird einwenden: „Es ist nicht richtig, dass die Golems nur für den entgeltigen Verbrauch erzeugen.“ — Das stimmt, aber, sie mögen erzeugen was immer sie auch wollen, schliesslich hängt die Erzeugung doch von dem letzten Verbräuche — dem Menschen — ab, denn,

---

\*) Im Sinne von „wird in Kapital umgewandelt“, zum Beispiel in Maschinen a contr. in „entgeltigen Verbrauch“; keineswegs also im Sinne von „sich berechnen, welchem Geldkapitale ein bestimmter Zinsfuß oder Ertrag entspricht, indem man den Zins mit einem bestimmten Koeffizienten multipliziert“.

wenn dieser entfällt, wird hiedurch jeder Zwischenverbrauch eingestellt.

Frage: Woher nehmen wir Menschen mit Kaufkraft, damit sie das verbrauchen, was die Golems erzeugten, woher nehmen die Menschen, die von den Golems aus der Erzeugung und vom Einkommen verdrängt wurden, die Möglichkeit her, zu den Gütern zu gelangen, welche die Golems ausspeien, zu denen jedoch der Zutritt nur durch Vermittlung von Einkommen führt, um die sie die Golems gebracht haben? Nun wendet mir die Kritik ein: Der Konsum, der den Arbeitslosen abgeht, kommt den übrigen zugute. Ich stimme zu, behaupte aber, dass für diese Konsumkraft, die der Kapitalisierung zugute kommt\*) ständig neue Golems beschafft werden, *und ich behaupte, dass es für den Wirtschaftslauf nicht gleichgültig ist, ob die Verbrauchskraft bei den Menschen verbleibt, die verbrauchen, d. h. sich die von den Golems erzeugten Güter beschaffen, oder ob für diese Verbrauchskraft neue Golems angeschafft werden, die die Erzeugung für die Menschen vervielfältigen, dieselben Menschen aber der Möglichkeit berauben, zum Verbräuche dieser Erzeugung zu gelangen.*

Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich, glaube ich, dass auch die zweite Voraussetzung irrtümlich ist.

Denken wir uns nunmehr beide irrigen Voraussetzungen weg, die es gestatteten, dass in der Rationalisierung ein Mittel erblickt werde, das zur Preissenkung unter Beibehaltung gleicher Einkünfte und also zur Erzielung

---

\*) In Wirklichkeit kapitalisiert einen etwaigen Überschuss des Verbrauchseinkommens nicht der letzte Verbraucher, da das Unternehmen, wie gezeigt wurde, den Ertrag zurückhält, ihn nicht verteilt, sondern ihn unmittelbar in Kapital (Investitionen, Maschinen) umwandelt.

wachsenden Wohlstandes führt, erkennen wir, dass gerade die Rationalisierung eine der wichtigsten Ursachen des Unterverbrauches und der relativen Übererzeugung, also von Erscheinungen darstellt, die so typisch für die Weltkrise sind. Trotzdem wird aber die Rationalisierung keineswegs zur Grundlage einer „Rationalisierungstheorie“, sondern sie ist bloss einer von den Zweigen der „Unterverbrauchstheorie“.

Nur klären sich auch die letzten Bedenken, die die Kritik ausgesprochen hat, warum die Preissenkung in der Krise allgemein war. Die Ursache dieser Allgemeinheit ist also nicht die Senkung der Erzeugungskosten infolge der Rationalisierung, sondern der allgemeine Unterverbrauch, den die Rationalisierung mittelbar mitverschuldet hat.

Das also wäre die positive Rechtfertigung meiner Theorie; nunmehr erübrigt sich noch, die negative zu erbringen und zwar mit dem Nachweise, dass die Deflationstheorie durch keine Tatsache zu stützen ist.

#### *b) Die gegen die Deflationstheorie zeugenden Argumente.*

Vor allem stelle ich fest, dass man nicht die zwei ganz verschiedenen Typen der Deflation, die denkbar sind, vermengen darf. Die Deflation, namentlich, die wir bei uns durchgemacht haben, (die Deflation Rašins) und die Deflation, die eine Theorie über die Weltkrise zahlreicher Theoretiker ist (die Theorie der Golddeflation). Die Deflation erster Richtung ist eine Währungsdeflation, die noch ihr Verhältnis weder zum Gold noch zu einer anderen Goldwährung fest erhalten hat. Der zweite Typ der Deflation kann nicht in einem Unterschiede zwischen dem Goldwert und der Währungseinheit in Erscheinung treten, da das Verhältnis zum Gold

durch Gesetze festgelegt ist (Goldwährung). Praktisch fallen in diese zweite Kategorie auch jene Währungen, die wohl keine Goldwährungen sind, aber in einer fremden Goldwährung fest angehängt sind, also z. B. an der Dollar- oder Frankwährung. Der Unterschied zwischen beiden erwähnten Arten liegt in der Art, in welcher die Deflation durchgeführt wird.

Die Deflation Rašins wurde, wie bekannt, dadurch eingeleitet, dass der Auslandskurs unserer Währung künstlich gehoben wurde. Dadurch wurde ausländische Ware billig, es wurde die Einfuhr angelockt, die Ausfuhr erschwert. Die heimischen Preise mussten sich dem Drucke des Auslandswettbewerbes anpassen, da die Warenpreise sanken, sanken auch die Preise der Lager und Vorräte, es wurden Investitionen erschwert, es steigerte sich die Belastung der Schuldner usw. Die Einkünfte blieben vorerst unberührt, die Deflation griff nämlich vor allem nicht in die Einkünfte ein, sondern in die Preise, keineswegs jedoch unter dem Einflusse des heimischen Unterverbrauches, sondern durch das Angebot ausländischer Ware. Mit der Zeit mussten sich wohl diesem Stande die heimischen Einkünfte anpassen, da der sinkende Ertrag der Unternehmungen eine Drosselung der Ausgaben (Gehalte, Löhne) erforderte und ein sinkendes Steuererträgnis verursachte; das Gespenst des Vorschlagsabganges übte einen Druck auf die Ausgabewirtschaft des Staates aus, sodass durch die Erhöhung des ausländischen Kurses eine ganze Apparatur von Mitteln in Bewegung gesetzt wurde, die den Deflationsprozess verwirklichten.

Die Verwirklichung der Deflation durch Zinsen- und Kreditpolitik und demnach durch Kürzung der Einkünfte wäre wohl möglich, aber verwickelter.

Bei der Golddeflation war jedoch die Methode Rašins

überhaupt nicht gangbar. Denn, wie gesagt, das Verhältnis der Währungseinheit zu einem bestimmten Goldgewicht (allenfalls zu einer ausländischen Goldwährungseinheit) ist gesetzlich festgelegt.

Ein Auseinandergehen von Gold und Geld ist hier nicht möglich. Die Währungseinheit kann hier nicht im Kurse über die Goldparität steigen, und es lässt sich also die Deflation durch keine künstliche Hebung des Auslandskurses in Wege leiten.

Wir haben also erstens festgestellt, dass eine *Goldaufwertung* bei einer Gold- und bei einer gesetzlich stabilisierten Währung (also auch unserer) *mit der monetären Deflation überhaupt zusammenfällt*, d. h. aber, dass es nicht möglich ist, das Gold ohne Geldaufwertung und ebenso nicht die *Geldeinheit über die Goldparität aufzuwerten*. Die Golddeflation kann sich *nur im Verhältnis zur Ware*, zum Preise der Güter ausprägen. Wir haben weiter festgestellt, dass man diese Deflation durch Hebung des Auslandskurses (auf dem Wege Rašins) nicht verwirklichen könne.

Eine Golddeflation, d. h. eine Goldaufwertung im Verhältnisse zum Güterwerte, ist also nicht anders denkbar, als so, dass bei unveränderter Erzeugung plötzlich *die Einkünfte gedrosselt* zu werden beginnen. *Denn wie sollte der, der auf einmal billig einkaufen sollte, überhaupt wissen, dass eine Goldaufwertung im Gange ist?*

Die besagte künstliche Dämpfung der Kaufkraft kann namentlich die Notenbank mit ihrer Kredit- und Zinspolitik durchführen. Diese Einkommensabschnürung ist aber nichts anderes als die *Schaffung eines künstlichen Unterverbrauches*, d. h. eine Herabsetzung des Verbrauches im Wege eines indirekten Zwanges. Und so gelangen wir zu einer wichtigen Erkenntnis für unsere strittige Frage: Wird zwischen den Kennzeichen *einer Deflation*

*und jenen des Unterverbrauches unterschieden, dann ist dies ein Irrtum. Denn es kann in diesen Kennzeichen gar kein Unterschied sein*, und zwar deshalb, weil sich die Deflation auch durch Unterverbrauch kundgeben müsste und der Unterverbrauch aus der Deflation keine anderen Kennzeichen als der Unterverbrauch aus der Rationalisierung, aus der psychischen Depression und aus den übrigen von mir angeführten Krisenursachen aufzuweisen hatte. Belege darüber, ob die *Krise aus der Deflation oder aus dem Unterverbrauche entstanden ist, lassen sich nicht aus den Kennzeichen, sondern aus der Verschiedenheit der Ursachen erbringen, welche den gegenwärtigen Unterverbrauch, der in beiden Fällen eintreten muss, verursacht haben*. Und das ist doch nicht schwer festzustellen. Hier entscheidet kein Erraten oder Wahrnehmungsschärfe, sondern *Tatsachen*. Wo wurden, frage ich die Anhänger der Deflation, jene Deflationsmassnahmen bei Beginn der Krise vorgenommen? Die Krise brach notorisch in den Vereinigten Staaten aus. Welche Massregeln waren es dort, die die Einkünfte herunterschraubten? Wo waren die hohen Zinssätze, die dies bewirkt hätten, wo doch bekannt ist, dass sie vor der Krise nicht einmal 6% überstiegen? Nach dem Ausbruche der Krise sanken sogar die Sätze fast auf der ganzen Welt auf eine nie dagewesene Stufe. Welche historische Tatsache können die Anhänger der Deflation überhaupt zur Stärkung ihrer Argumente anführen? Worin bestünde übrigens der Beweggrund für einen Deflationseingriff in den Vereinigten Staaten\*), die, wie bekannt, geradezu ein

\*) B. Anderson z. B. weist in Chase Economic Bulletin (Vol. XI. „Gold“ 16. III. 1931) entsprechend den Indizes nach, dass vor der Krise viel mehr Kredit gewährt wurde als der wirtschaftlichen Dringlichkeit entsprach. Ich glaube, dass die Beseitigung der Kreditinflation keine Deflation ist.

Zentralreservoir für beinahe das gesamte Gold der Welt bildeten?

Bisher hatte die Sache nur theoretisches Interesse gefunden. Aber jede theoretische Haltung pflegt in praktische Forderungen auszulaufen. Es ist folgerichtig, wenn die Vertreter der Deflation eine rasche Anpassung an das aufgewertete Gold verlangen. Dabei müssen sie uns jedoch, wenn sie für eine neuerliche Herabsetzung der Einkünfte (Gehalte, Löhne) eintreten, indem sie behaupten, dass die Deflation bei den Grosshandelspreisen, keineswegs aber in den Einkünften und Kleinhandelspreisen durchgeführt wurde, ein *Rätsel* aufklären. *Woher und wieso sprang die Deflation unmittelbar in die Grosshandelspreise mit Umgehung der Einkünfte ein?* Wie ist dies überhaupt möglich? Wer und wem hat man es zugeflüstert, dass die Deflation im Gange ist und dass also die Grosshandelspreise sinken werden, ohne dass die Deflation die Einkünfte berührt hätte? Geben jedoch die Anhänger der Deflation zu, dass die Einkünfte schon die Deflation durchgemacht haben, warum *empfehlen und verlangen sie, dass sie dieser schmerzhaften Operation zum zweiten Male unterzogen werden?* Nur zweierlei ist möglich: Entweder wird für die Einkünfte eine Deflation zum zweitenmale verlangt oder es muss aufgeklärt werden, wie die Deflation der Grosshandelspreise ohne Deflation des Einkommens entstehen konnte. Und schliesslich: *posito sed non concessio*, dass die Krise aus der Deflation entstanden ist; wo haben wir den Massstab bezüglich der *quantitativen Ausmasse* der Deflation? Mit anderen Worten, an welches Verhältnis sollen wir die Einkünfte und Preise dem aufgewerteten Zahlungsmittel anpassen? Schiessen wir über das Ziel, dann müssten natürlich, da unsere Währung nicht über der

Goldparität stehen kann, die Preise neuerlich steigen und wir müssten wiederum die Einkünfte anpassen.

Aus dem vorangehenden leite ich ab, dass es keine Deflation gab, dass sie erst unlängst bei allen Staaten eingeleitet wurde und dass es unvernünftig ist, darin fortzuschreiten. Diejenigen jedoch, die *seinerzeit* gegen sie gekämpft haben, müssen dies auch jetzt folgerichtig tun.

Was würde mit der Staatsschuld geschehen? Liesse sich etwa ihre Aufwertung durch eine gewaltsame Konversion lösen? Abgesehen davon, dass eine gewaltsame Konversion immer eine verdeckte Erklärung der staatlichen Insolvenz bedeutet. Wohin würde der staatliche Kredit gelangen, wo stünden die Kurse der Schuldscheine, wie wären die daraus entstehenden Bilanzverluste zu ersetzen usw. usw.?

Die gewaltsame Lösung nach Art einer Deflation hat Brüning in Deutschland versucht.

Ich bemerke jedoch neuerlich, wie ich es auch anderswo getan habe, dass ich Brünings Massnahmen als sehr schwer durchführbar, wenn nicht undurchführbar, aber auch für gefährlich erachte. Ich möchte nicht empfehlen, seinem Beispiele zu folgen. Ich darf wohl annehmen, dass sein Versuch nicht nur das Bestreben bedeutet, den Deflationsprozess zu beschleunigen, sondern eher das Bestreben, den englischen Massnahmen zu Gunsten der Ausfuhrförderung zu begegnen.

Mit meinen Ausführungen wollte ich nicht nur die Theorie des Unterverbrauches von neuem positiv nachweisen und begründen, dass es keine Tatsache gibt, auf welche sich die Deflationstheorie stützen könnte, sondern auch auf die verschiedenen praktischen Folgen hinweisen, zu welchen eine abweichende theoretische Haltung führt.

## II. Die Friedensverträge als Ursache der Krise.

### a) Die Finanzklauseln (Reparationen) der Friedensverträge und die internationalen Schulden.

Die, welche behaupten, dass die ganze Krise von den Reparationen herrührt, vergessen augenscheinlich, dass wirtschaftliche Störungen aus diesem Titel nur insoweit vorkommen konnten, soweit die Reparationszahlungen geleistet waren und keinesfalls dort, wo die Reparationen Verpflichtungen sind, die erst künftighin erfüllt werden sollen. Alles Übel aus solchen internationalen Verpflichtungen geht aus der Unmöglichkeit hervor, den sog. Transfer, d. i. die Geldübertragung (im Gegensatz zur Güterübertragung) vorzunehmen, ohne die Währung des die Übertragung durchführenden Staates zu gefährden. Es erwächst nicht bei Naturalverpflichtungen. Die können vielleicht das Schuldnerland verarmen, sie können jedoch nicht dort Währungsschwierigkeiten hervorrufen und eine Produktionskrise mitverursachen, ausser, dass sie sich Unterverbrauch erzwingen. Rechnen wir nun diese Naturalübertragungen ab, verbleiben nur die Geldübertragungen und zwar auf der einen Seite die Übertragungen, die vom Schuldnerland ins Ausland getätigt wurden, auf der anderen Seite die Beträge, welche unter irgendeinem Titel das Schuldnerland erhielt. Zu diesen Beträgen müssen wohl auch die Anleihen dazu gerechnet werden. Es ist richtig, dass sie das Land für die Zukunft belasten, aber für diese Zeit gleichen sie die Zahlungsbilanz aus und hiebei muss festgestellt werden, dass die von Deutschland aufgenommenen Anleihen um etliche Milliarden Mark jene Beträge übersteigen, die von ihm in Geld ins Ausland abgeführt wurden. Die deutsche Zahlungsbilanz wurde durch Reparationen

vorläufig also nicht geschädigt. — Der Schaden, der Deutschland aus den Reparationen drohen konnte und kann; ist zweierlei:

1. pro passato aus seiner möglichen Verarmung infolge der Reparationsabgaben in natura;
2. pro futuro aus den schweren Schädigungen, die erwachsen könnten, wenn Deutschland in Zukunft tatsächlich Reparationen in Geld zu zahlen hätte.

Schon in meiner Broschüre habe ich auf die Schäden hingewiesen, die aus dem Unterverbrauch des besteuerten Volkes für die Welt erwachsen. Die bisherigen „in natura“ Leistungen Deutschlands waren jedoch nicht darnach angetan, eine Weltkrise hervorzurufen, da der Unterverbrauch dort viel eher von der Beschäftigungslosigkeit als von den Naturalleistungen herrührte. Wenn wir die Sache objektiv beurteilen wollen, können wir die Reparationen nicht als Ursache der Weltkrise bezeichnen. Für die Zukunft verhält sich die Sache allerdings anders: wenn alle Schulden tatsächlich getilgt werden sollten, könnten schwere Schäden für die Weltwirtschaft erwartet werden. Von dieser *zukünftigen* Bedrohung konnte natürlich in der *Vergangenheit* keine Krise entstehen.

Andererseits darf nicht vergessen werden, dass es gerade die zwangsmässigen Reparationszahlungen verursachten, dass Deutschland heute neben USA das rationalste Land der Erde und demnach im Wettbewerbskampfe am besten ausgerüstet ist. Wenn also jemand behaupten würde, dass die Friedensverträge dadurch zur Krise mitgetragen haben, dass sie Deutschland zu einer beschleunigten Maximal-Rationalisierung zwangen, dann hätte er nicht ganz unrecht, wenn jedoch behauptet wird, *dass die Reparationszahlungen die Krise verschul-*

det haben, dann erachte ich dies nicht für möglich; es könnte dies nur bezüglich der *Gefahr pro futuro*, nicht aber bezüglich der *Entstehung der Krise* gelten.

Die Sache sieht also derart aus: Falls die Geldreparationen Deutschland nicht erlassen werden, sind neue Störungen zu erwarten. Wenn Deutschland von allen Verpflichtungen für immer enthoben werden soll, dann muss doch wohl auch mit einem Vorsprung gerechnet werden, der Deutschland dadurch eingeräumt werden würde, dass seine Wirtschaft für den Wettbewerbskampf mit seiner organisatorischen und technischen Ausrüstung erstklassig vorbereitet ist. Für die Anleihen beschaffte es sich die Kapitals- und *Erzeugungs-Ausstattung*, abstaten wird es diese mit *fertigen* Erzeugnissen und Fabrikaten, die die billigsten auf dem ganzen Festlande sein werden.

#### b) Die Gebietsklauseln der Friedensverträge.

Diejenigen, welche die Ursache der Krise nur in den Zollschränken sehen, die durch die Friedensverträge eine ansehnliche Vermehrung erfahren haben, werden sich dessen nicht bewusst, dass die Krise nicht aus einem *Mangel*, sondern aus einem *relativen Überfluss* an Gütern entstanden ist, mit anderen Worten: in einem Europa ohne Zölle liesse sich die Erzeugungs-Ausrüstung noch viel mehr ausnützen und die Erzeugung wirtschaftlicher gestalten. Man kann jedoch ernstlich daran zweifeln, dass der letzte Verbrauch davon viel gewinnen könnte, im Gegenteil scheint es wahrscheinlich, dass die Riesenunternehmungen die Ersparnisse viel mehr zu Gunsten der maschinellen Ausrüstung und zu Ungunsten des letzten Verbrauches verschieben könnten: wir hätten eine *noch rationellere, bessere und reichlichere Erzeugung*, aber eine *weniger zahlreiche Verbrau-*

*cherschaft, eine grössere Beschäftigungslosigkeit*. Je rascher nämlich die Rationalisierung fortschreitet, was wieder davon abhängt, dass die Gesellschaften über umso grössere Kapitalien und Ersparnisse zu diesem Zwecke verfügen, desto ärger lässt sich im Wege der Differenzierung (d. i. der Unterbringung der entlassenen Kräfte in anderen Erzeugungszweigen) die Beschäftigungslosigkeit beheben. So erscheint die Sache vom Standpunkte der *ganzen europäischen Gesellschaft*. Dabei berücksichtigen wir nicht die Schäden, die für die *einzelnen* schwächeren *Staaten* erwachsen würden, deren Industrien wohl den stärkeren Wettbewerbern unterliegen würden.

Es lässt sich zwar nicht mit absoluter Bestimmtheit voraussehen, wie sich die Verhältnisse bei Freihandel entwickeln würden, man kann jedoch annehmen, dass ein Gebilde herauskommen würde, das durch seine Rasse und Fähigkeiten den Vereinigten Staaten am meisten ähnlich wäre. Eines aber unterscheidet uns von ihnen: USA sind in den Erwerbsbedingungen, durch den Gesamt — „standard of life“, auch in der Bevölkerung und in ihrer Sprache homogen. Übersiedlungen in allen Richtungen sind dort an der Tagesordnung. Dies würde man vielleicht mit der Zeit auch in Europa nachmachen, die Rassenunterschiede und die Verschiedenheit des Lebensniveaus und der Eigenarten der Bevölkerung wären hier eine Bremse für das Ineinanderfliessen bis zur Gleichartigkeit. Sicherlich würden wohl die industriellen und kapitalstärkigen Länder von heute über die schwächeren für längere Zeit ein Übergewicht gewinnen, denn mächtige Trusts würden nur in jenen und nicht in diesen entstehen (Schulung der Arbeiterschaft, Tradition, Verkehrswege, Nähe eines starken Verbrauchers usw., usw., denn warum würden sonst auch amerika-

nische Betriebe ihre Zweigstellen z. B. in England und Deutschland bauen, wo die Arbeitskräfte teuer sind und nicht z. B. in SHS, wo sie billig sind?). Der übliche höhere Lohn in diesen Gebieten alter industrieller Reife würde durch eine erhöhte Rationalisierungsanspannung wettgemacht werden und es liegt die Vermutung nahe, dass infolge dessen die *Beschäftigungslosigkeit für vorübergehende Zeit steigen würde*. Dieses Missverhältnis zwischen den industriellen und nichtindustriellen Gebieten müsste gemildert werden, *mit der Zeit* würde es sich ausgleichen und erst dann würde der allgemeine Wohlstand in die Höhe gehen und dann wäre er wohl sicher höher als unter den gegenwärtigen Zollschranken. Deshalb behaupte ich: Die Beseitigung der Zollschranken *sub specie longi temporis* erhöht den Wohlstand, *als kurzfristiges Heilverfahren ist sie jedoch ein unwirksames Mittel*, wenn nicht geradezu ein schädliches.

### III. Die Technische Gruppe.

Der Gesichtspunkt der Techniker ist hier gegen etwas eingestellt, was ich niemals behauptet habe. Sie bemühen sich, mir zu beweisen, dass sich *Rationalisierung und technischer Fortschritt nicht zu Ungunsten der Menschheit* auswirken, als hätte ich jemals etwas dergartiges behauptet. Wenn ich Übertreibungen beim Sport oder bei der Abhärtung, die auch den Tod herbeiführen können, bekämpfen würde, könnte niemand diese Übertreibungen mit dem Beweise verfechten, dass Sport und Abhärtungen für die menschliche Gesundheit nützlich sind.

Es wird weiters gegen meine vermeintliche Behauptung gekämpft, dass die *Rationalisierung und der technische Fortschritt die Krise herbeigeführt hätten*. Auch

so habe ich es nie behauptet, sondern abgeleitet, dass sie bloss *eine* der etlichen Ursachen des Unterverbrauches ist, die zur Krise der Erzeugung geführt haben. Dabei habe ich betont, dass die Bedeutung der Rationalisierung keine *quantitative*, sondern eine *qualitative* ist (z. B. Seite 26 meiner Krisenbroschüre), da ihr das Tempo von der kapitalistischen Ordnung aufgezwungen ist; weiters, dass die Rationalisierung *an sich nicht schädlich* sei, sondern *in Verbindung mit der kapitalistischen Distribution* (Seite 11 unten, Seite 65) und *nicht sie selbst, sondern ihr Tempo* (Seite 26 und 27, 78 und 79).

Demgegenüber spreche ich ausdrücklich von der *Nützlichkeit* der Rationalisierung, die *fortschreitet* und *fortschreiten muss* (Seite 11), von der *Verwerflichkeit der Methoden*, die den technischen Fortschritt bremsen möchten (Seite 15), davon, dass ich mich auch mit der *Rationalisierungssteuer nicht gegen den wirtschaftlichen Fortschritt stellen will* (Seite 78), ich trete also nicht gegen die Rationalisierung auf, sondern gegen *ihr Tempo* und gegen die Verschwendung der Ergebnisse der Rationalisierungsbemühungen (Seite 54).

Das sind, glaube ich, Belege mehr als genug dafür, dass die Vermutung jener technischen Gruppe, die in meiner Publikation eine unfreundliche Haltung gegenüber der Arbeit der Techniker oder gegenüber der Rationalisierung sieht, auf einem Missverständnis beruht.

Dieses Ergebnis kann allerdings nicht überraschen, da mein Fach doch die Wirtschafts-Wissenschaft ist, die lehrt, dass das Ziel der Wirtschaft das Bestreben nach Erlangung des maximalen Reingewinnes ist (ein Bestreben, das manchmal auch als Wirtschaftlichkeitsgrundsatz — oder als rationeller Grundsatz bezeichnet wird), entweder durch Erhöhung des Rohertrages, oder durch Herabsetzung des Aufwandes. Rationalisieren ist also nichts

anderes als wirtschaften, die Rationalisierung ist Sache des Wirtes, keineswegs des Technikers, *sie zu bekämpfen hiesse die Ergebnisse jener Wissenschaft bekämpfen, die mein Fach ist.* Die Aufgabe der Technik, die auch zu den teleologischen Wissenschaften gehört, habe ich in meiner wissenschaftlichen Konstruktion als *singulär* gegenüber der *generaleren wirtschaftlichen* bezeichnet. *Die Aufgabe der Technik liegt also nicht in der Rationalisierung in dem erwähnten Sinne,* die schon eine wirtschaftliche Denkungsart voraussetzt, sondern in der Sich-Auferlegung eines singulären Zweckes und in seiner Erreichung mit beliebigen Mitteln. Ein solcher Zweck ist z. B. die Mechanisierung der menschlichen Arbeit, die Maschinisierung regelmässiger Leistungen, die Erzielung des maximalen Erzeugungsgrades usw. Wenn die Technik diese Aufgaben erfüllt, hat sie ihrer Sendung voll entsprochen, wenn auch das Ergebnis für den Volkswirt nicht günstig wäre (es gibt z. B. zahlreiche Surrogate, die technisch herstellbar sind, deren Erzeugung aber bisher wirtschaftlich nicht zweckmässig ist). Mit der Rationalisierung, wenn darunter die Herabsetzung des Aufwandes verstanden wird, hat die Technik nichts gemein: sie erfüllt ihre Aufgaben, der Volkswirt wertet sie von seinem Standpunkte (der Ersparnismöglichkeit) und erklärt sie für anwendbar oder nicht.

*Deshalb, wenn sich der Techniker mit der Rationalisierung in dem besagten Sinne befasst, behandelt er schon ein verwandtes, nicht sein, nämlich ein wirtschaftliches Fach.*

Es besteht wohl kein Hindernis, dass auch der Techniker „*wirtschaftlich*“ erwäge und kritisiere. Als kritisch eingestellter Wirt könnte sich dann der Techniker folgendes sagen: „Es kann doch nicht einmal gesellschafts-

wirtschaftlich (im Gegensatz zu privatwirtschaftlich) als ein Fehler angesehen werden, wenn durch den technischen Fortschritt menschliche Arbeit erspart wird, da sie doch dann für andere anders nicht erfüllbare Aufgaben frei wird; und auch kein Fehler, wenn man die grösstmögliche Erzeugung zu erzielen bestrebt ist, denn je grösser die Erzeugung ist, umso reicher ist die Menschheit. Privatwirtschaftlich lassen sich die Vorteile der Rationalisierung überhaupt nicht bezweifeln. Behalte ich also als Techniker Recht, wenn ich mechanisiere, maschinisiere usw., erreiche ich den mir vorschwebenden Zweck, und wenn sogar auch keine wirtschaftlichen Einwendungen vorliegen, wo bleiben dann die Vorwürfe gegen die Rationalisierung, nämlich, dass sie die Krise mitverschuldet hat?“

Diese Erwägung des Technikers ist bisher richtig, er hat jedoch sowohl als Techniker als auch als Volkswirt die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn er hat dabei ein bestimmtes System von Rechtsnormen übersehen, die seine Erwägungen ganz und gar durchkreuzen. Dieses System von Rechtsnormen ist die kapitalistische Rechtsordnung. Wenn wir nämlich unter der Ordnung des *orthodoxen Kommunismus leben würden, gäbe es keine Beschäftigungslosigkeit* bei einer noch so grossen Erzeugung, da die Bedürfnisse bis zur vollen Sättigung ganz gleichmässig befriedigt werden würden und die Erzeugung erst im Falle der vollen Sättigung des Ganzen nachlassen würde. Bei der kapitalistischen Distribution treten hier Änderungen ein. Der Zutritt zum Verbräuche ist nur gegen den Nachweis „eines bestimmten Lösungswortes“ gestattet. *Dieses Lösungswort sind die Geldeinkünfte.* Wer sie nicht hat, darf nicht verbrauchen. Ich habe schon in meiner Broschüre gesagt, dass eine vollkommene Gleichheit der Einkünfte wohl

nicht erreichbar, ja nicht einmal wünschenswert ist, da hiedurch jedes Streben nach einer überdurchschnittlichen Leistung unterdrückt werden würde. Will man jedoch nicht das System der Einkommens-Ungleichheit ganz aufgeben, muss sich ihm die *Erzeugung und der Verbrauch (im Wege der Distribution) anpassen*, d. i. sie müssen sich ändern, sobald es sich zeigt, dass bei der bisherigen Ungleichheit Erzeugung und Verbrauch nicht nur nicht parallel, sondern *in diametraler Gegenbewegung laufen*. Dies geschieht dann, wenn die Erzeugung im Wege der Rationalisierung um den Preis einer Verringerung der Verbraucheranzahl (Beschäftigungslosigkeit) erweitert wird und die Differenzierung nicht genügt (in anderen Erzeugungszweigen) die Beschäftigungslosen abzusetzen.

*Eine Differenzierung tritt nur dann ein, wenn den vorhandenen Einkommensinhabern ein Teil dieser Einkünfte für einen neuen Verbrauch und demnach zur Anlockung einer neuen Erzeugung verbleibt, oder wenn die Zahl der Einkommensbezieher zunimmt.* Wenn also z. B. die Preise infolge richtig angewandter Rationalisierung sinken, sodass man von den Einkünften etwas ersparen kann, ohne dass die Zahl der Einkommensbezieher dabei abnehmen würde (Beschäftigungslose). Der Überschuss kann sich dann einer neuen Verbrauchsart zuwenden und lockt also eine neue Erzeugung heraus. Es wächst der Wohlstand. Wächst jedoch nicht die Grösse der Einkünfte — gleichgültig, ob dies in Geld geschieht (höheres Einkommen bei unveränderten Preisen) oder real (gleiches Einkommen bei sinkenden Preisen) — und zwar der kleinen und mittleren Einkünfte, da die grossen Einkommen nicht entscheiden, so kann die Differenzierung nicht fortschreiten. Die Wirtschaft blüht auf (prosperity), wenn die Einkünfte und die Zahl

der Einkommensbezieher steigen. Jenes ist eingetreten; dieses keineswegs, ja es ist sogar das Gegenteil geschehen (Beschäftigungslosigkeit); die Differenzierung und Entfaltung blieb stehen. Es sollte eine Korrektur des Systems durch die Besteuerung erfolgen. Dies ist nicht geschehen; davon rührt eine Mitursache der Krise her. Der amerikanische Kapitalist erkannte gut, dass steigende Einkünfte (Löhne) Wohlstand gewährleisten. Er hat sie eingeführt, aber die teure Arbeit führte zur Maschinisierung, Rationalisierung und zu so plötzlichen Entlassungen, dass die Differenzierung in der Aufsaugung nicht Schritt zu halten vermochte. Der Amerikaner vervielfältigte daher den Verbrauch durch Ratengeschäfte, aber nur für eine gewisse Zeit, er verabreichte sich eine Injektion, die zur Reaktion führte. Es trat eine Verengung des Verbrauches ein, und damit ein Widerspruch, den sich der Kapitalismus mit Hilfe der Technik verursachte.

Daraus leite ich folgendes ab: Der Techniker, der behaupten würde, dass die Distribution nicht seine Sache sei, dass er sich nur auf die Erfüllung seiner Zwecke beschränke, wäre im Recht und es würde ihn kein Vorwurf treffen, so ähnlich wie keiner einen Messerschmied treffen würde, wenn mit einem Messer seiner Erzeugung ein Mord begangen werden würde. Ja der Techniker, der wirtschaftlich ohne Rücksicht auf eine bestimmte Rechtsordnung und ihre Distributionsmethode denken würde, könnte für eine Maximal-Rationalisierung eintreten.

*Diese Haltung müsste jedoch dieser Techniker sofort aufgeben, sobald er sich auf den Boden des Kapitalismus als sein Anhänger und Verfechter stellt*, indem er fordert, dass die Distribution und der Verbrauch nach dem kapitalistischen Verteilungsschlüssel erfolgen. Denn dann

spricht gleichzeitig der Techniker, der Volkswirt und der Anhänger des Kapitalismus. Es treten Gegensätze auf, weil er die Interessen aller nicht voll, sondern nur im Kompromisswege verwirklichen kann. Der Techniker und Volkswirt können maximale Produktivität mit minimaler Anstrengung verlangen, der Anhänger des Kapitalismus verlangt jedoch einen Verteilungsschlüssel, der die Forderung der *Minimalität an Anstrengung* in die Forderung des *Ausschlusses aller infolge der Erzeugungs-Maschinerisierung entlassenen Verbraucher* umwandeln könnte. Hier ist die Notwendigkeit eines Kompromisses klar ersichtlich.

Und nun kommen wir zum Kern der Sache: Die Technik kann in Verfolgung ihrer Grundsätze die Maschinerisierung bis zu den letzten Folgerungen verfechten, ja sie kann dies auch aus wirtschaftlichen Gedanken heraus tun, aber sie darf sich nicht zu sich selbst in Widerspruch setzen, indem sie kompromisslos beide Prinzipie gleichzeitig verfehlt: das technisch-wirtschaftliche und das kapitalistisch-distributionelle. Und das geschieht gerade bei der Kritik meiner Arbeit.

Denn in demselben Artikel nimmt sich der Schreiber der kapitalistischen Ordnung in Bausch und Bogen und der Bildung neuen Kapitals an, indem er behauptet, seine Verteilung könne man in zweiter Linie erwägen. Daraus würde hervorgehen: die Bildung von Kapital und von maschinellen Investitionen soll ohne Schranken geschehen, ohne Bremse die Rationalisierung, hemmungslos die Entlassung von Kräften, wer aber verbrauchen wird, das solle man erst an zweiter Stelle erwägen, bis der Kapitalismus an erster Stelle schon entschieden hat, dass diese Entlassenen nicht verbrauchen werden, ausser auf charitativer Grundlage, es wäre denn, dass sich die Differenzierung ihrer annehmen würde. Das ist in erster

Linie ein logisches und kein ethisches Problem, dessen Lösung man nicht der Gefühlswillkür überlassen kann, was wohl dann der Fall wäre, wenn es sich um ein ethisches Problem handeln würde. Es lässt sich eine ethische, nicht aber eine logische Norm verletzen.

Wenn in der Abhandlung, die meine Arbeit einer Kritik unterzieht, ein bedeutender Teil der Schuld an der Krise den Gesetzgebern zugeschrieben wird, dann geschieht es mit Recht. Denn die Frage der Rechtsordnung und ihrer Fassung ist Sache der Gesetzgeber und nicht der Techniker. Wenn also eine Reform nötig ist, liegt es an den Gesetzgebern, sie durchzuführen, dann darf ihnen jedoch der Weg nicht von vornherein mit der Erklärung verrammelt werden, dass die Kapitalisierung den richtigen Weg gehe, ja, dass sie erhöht werden müsse: es sei, aber nicht auf Kosten der Verbraucheranzahl. Die Normenkorrektur, die ich übrigens vorgeschlagen habe, war sehr unbedeutend. (Ich behauptete nämlich, dass sich die Quote der Kapitalisation zu Ungunsten des letzten Verbrauches dadurch verschoben hat, dass die Unternehmungen ihre Gewinne und Ersparnisse überhaupt nicht in das Verteilungsstadium zulassen, sondern alles sofort investierten, und dass es also notwendig sei, dieses Verhältnis in der Weise ins Gleichgewicht zu bringen, dass die allzu grosse Kapitalisierung (Investitionen) und damit auch die Ausscheidung der Verbraucher gebremst werde.) Ich sehe in einer Steuer die geeignetste Lösung des Arbeitslosenproblems, die es uns ersparen würde, nach dem „letzten“ Auslandsverbraucher jagen zu müssen, was eine Lösung eines Staates auf Kosten eines anderen (also lokal, nicht für die Welt) bedeutet. Dabei habe ich als unparteiischer Beobachter nicht die Frage gelöst, ob ich den Kapitalismus will oder nicht, sondern nur gesagt: wenn sich der Kapitalismus erhalten will,

das hier ist der Weg! Demnach sollten meine Vorschläge von den Gegnern des Kapitalismus und nicht von seinen Anhängern bekämpft werden. Wer seine Krankheiten nicht sieht, beschleunigt seinen Tod. Er selbst reagiert auf seine Krankheit mit der Krise. Was für Opfer! Wären wir heute mit einem mässigeren Tempo der Rationalisierung, ohne gewaltsame Unterbrechung, die unter den gegebenen Verhältnissen eintreten musste, nicht weiter gewesen?

Es erübrigt die Frage, was bei einer überhasteten Rationalisierung nützlich und was schädlich ist, denn durch die Zerlegung dieses Schadens, den ich vorfinde und der von gegnerischer Seite bestritten wird, in die Komponenten, deren Resultante er ist, muss sich klar ergeben, wer von uns Recht hat.

Der Nutzen der Rationalisierung vom Gesichtspunkte der gesamten menschlichen Gesellschaft (denn darum handelt es sich) kann in nichts anderem gelegen sein als in der Ersparung menschlicher Arbeit. Diese Ersparnis ist wiederum deshalb von Nutzen, weil man mit ihrer Zuhilfenahme den Wohlstand in der Welt heben kann. Wir streben doch nicht eine Arbeits-Ersparnis an, um etlichen Einzelpersonen das Faulenzen zu ermöglichen. Wenn wir jedoch diese Arbeit nicht zu verwenden wissen, sie brach liegen lassen müssen, dann ist kein Nutzen vorhanden.

Für die Gesellschaft erwächst *jedoch ein positiver Schaden* dadurch, dass sie für diese Einzelwesen, die sich in erzwungener Nichtstuerie befinden, sorgen muss, sich um die Befriedigung ihrer notwendigsten Bedürfnisse kümmern muss. Denn die Arbeitslosenunterstützungen werden aus den Steuern gedeckt, welche die ganze Gesellschaft trägt. Auf Seite 75—77 meiner Krisenbrochüre habe ich mich über dieses Problem mit aller

Klarheit, der ich fähig bin, ausgesprochen, sodass ich nicht erwarten konnte, dass hier ein Missverständnis aufkommen könnte.

Als Gegenargument gegen meine Ausführungen bezüglich der Rationalisierung wird ausgeführt:

1. „Wenn die Rationalisierung schädlich wäre, hätte das primitive Leben ohne sie keine Krise durchzumachen. Und doch waren Kampf, Hunger, Seuchen usw. die Geisseln des Lebens.“ Ich behaupte, dass die gegenwärtige Krise eines scheinbaren Überflusses eine Krise sei, an welcher die kapitalistische Distributionsart und das übertriebene Rationalisierungstempo, also Mangel an Organisation, mitschuldig sind. Wenn gesagt wird, dass der Überfluss schlecht organisiert sei, wird damit nicht gesagt, dass die Not besser wäre. Diesen *Organisationsmangel* kann nicht die *Not* beheben, die vor den technischen Errungenschaften da war. Ebenso wie die Tatsache, dass jemand an einer Verdauungsstörung infolge Missverhältnisses zwischen Nahrung und Bewegung erkrankt, niemals zu dem Schlusse berechtigt, dass der Betreffende nicht erkrankt wäre, wenn er überhaupt nicht gegessen hätte.

2. „Es gebe keine genauen Grenzen, wie weit man die Rationalisierung für nützlich, von wo an für schädlich erklären könnte.“ Zur Frage der Grenzen der Schädlichkeit der Rationalisierung muss bemerkt werden, dass es weder eine quantitative noch eine qualitative (Rationalisierungsart) Grenzlinie zwischen der Nützlichkeit und Schädlichkeit bei der Rationalisierung selbst gibt, sondern, dass es sich hier um die Einhaltung des richtigen Verhältnisses zur Differenzierung, d. i. zur Aufsaugung der entlassenen Kräfte in andere Erzeugungszweige handelt. Dieses Verhältnis wurde nicht zuletzt durch die (Steuer-, Zoll- und dgl.) Politik der Staaten

verletzt, die annehmen, dass, je mehr Investitionen in die Erzeugung hineingesteckt werden, die Wirtschaft desto mehr gedeihen wird. Diese Politik lässt sich ohne übereinstimmendes internationales Vorgehen wohl nicht ändern.

3. „Die Rationalisierung sei nichts Neues, weil sie schon seit Moses'-Zeiten da war“. Wohl auch nur solange gab es keine Schäden, solange das besagte Missverhältnis nicht bestand, und solange die Differenzierung der Rationalisierung nicht nachzuhinken begann.

Ich glaube also, dass es sich hier um ein ganz aufgelegtes Missverständnis handelt. Wer sich genau den Inhalt meiner Einwendungen gegen die Rationalisierung vergegenwärtigt, wird sich nicht einen Augenblick die Vermutung gestatten, dass ich gegen Selbstverständlichkeiten kämpfe. Richtung geben heisst noch lange nicht bremsen und bremsen bedeutet noch nicht einstellen. Ich bedauere, wenn meine Formulierung den Anlass zu Zweifeln gegeben hat, eine Formulierung, von der ich — wie ich jetzt sehe, mit Unrecht — angenommen habe, dass ihr Vorzug im genauen Ausdrucke meiner Gedanken gelegen ist.

Was wird also eigentlich von dem, was ich behauptet habe, bestritten? Etwa, dass infolge der Rationalisierung Arbeitskräfte entlassen werden? Das ist sicherlich ausgeschlossen. Wird etwa behauptet, dass sie die Differenzierung aufgesaugt hat? Es hat sich gezeigt, dass dies infolge der übereilten Rationalisierung der letzten Jahre nicht möglich war, und das lässt sich statistisch belegen. Es gibt also Arbeitslose. Was mit ihnen? Sie müssen ernährt werden. Das ist eine Last für die Menschheit, wenn sie ihr dafür keine Arbeit leisten. Ihre dauernde Nichtstuerie ist also ein Schaden für die Menschheit. *Dieser Schaden ist also unbestritten und alles andere,*

*also auch die Verkürzung der Arbeitszeit („die Befreiung des Menschen von der Schinderei“) ist im kapitalistischen System schon Therapie dieses Schadens, denn die Arbeitszeit wird nicht selbsttätig verkürzt, und die Durchführung ist schon eine Gegenmassnahme und zwar keine leichte, was soviel besagt, dass eine übereilte Rationalisierung etwas hervorruft, was Abhilfe erfordert. Als Therapie befasse ich mich auch mit ihr und da taucht bloss die Frage auf, ob dies die geeignetste Therapie ist. Gegen mich wurde jedoch nicht der Einwand geltend gemacht, dass ich eine ungeeignete Therapie wähle, sondern dass ich überhaupt einen Schaden herausfinde. Und das ist der springende Punkt. Die Bedenken, die ich gegen diese Therapie habe, habe ich schon so oft ausgesprochen, dass es nicht notwendig ist, sie hier neuerlich zu wiederholen. Ich nehme an, dass es besser ist, brachliegende Arbeitsfähigkeit der Leute zu produktiver Arbeit zu verwenden, als sie zur Nichtstuerie zu zwingen. Das erfordert Geldmittel. Woher sie nehmen? Wenn es sich um eine vorübergehende Erscheinung handeln würde, möchte ich sagen: ausborgen. Wenn sie jedoch infolge des beschleunigten Tempos menschlicher Erfindertätigkeit und des wachsenden Kapitals eine dauernde ist, lässt sich nur die Steuer anwenden. Dadurch wird das Tempo der Rationalisierung (Investitionen) verlangsamt, die Differenzierung ermöglicht und Mittel zur Schaffung produktiver Arbeit bei den freigewordenen Kräften gewonnen. Weil es sich um Mittel handelt, die schon in den Unternehmungen selbst aufgehoben werden, muss es eine Steuer sein, die die Unternehmungen trifft, und da nehme ich mit einer gewissen Berechtigung an, dass Steuern, die dem Unternehmen die Ersparnisse verringern, das geringere Übel gegenüber jenen, die ihm den positiven Aufwand erhö-*

hen, bedeuten, dass Steuern, die begrifflich nicht zu einer Preiserhöhung führen können, besser sind als jene, die dazu führen müssen. Deshalb habe ich die Rationalisierungssteuer vorgeschlagen und glaube, dass die Last, die die Unternehmen zu tragen hätten, damit Gelegenheit für produktive Arbeit der Beschäftigungslosen geschaffen werde, nicht viel grösser wäre als die heutige Last, die dazu dient, dass die Arbeitslosen im Unterverbrauch und in Nichtstuerie leben. Diese Last tragen doch letzten Endes auch die Unternehmen.

## C. SCHLUSSBEMERKUNGEN.

Alle Einwendungen, die gegen meine Unterverbrauchstheorie ausgesprochen wurden, habe ich in die drei Gruppen eingereiht. In die Gruppe der Anhänger der Deflationstheorie, weiters der Anhänger der Theorie, dass der Krieg und die Friedensverträge die Krise hervorgerufen haben, und schliesslich in die Gruppe, die annimmt, dass ich die technischen Fortschritte an sich beschuldige, die Krise ins Rollen gebracht zu haben. Mit dieser Einreihung wollte ich allerdings nicht alle Krisentheorien eingliedern, sondern berücksichtigte die *Formulierung* der Einwendungen und damit den Gesichtspunkt, zu welchem sich diese Einwendungen bekennen und wohin sie nach ihrer Vermutung, keineswegs aber sachlich gehören. Nach diesen Gesichtspunkten habe ich auch meine Gegengründe angeführt. In Wirklichkeit liessen sich diese Gesichtspunkte allerdings noch weiter vereinfachen: z. B. der Gesichtspunkt, der die Krise mit den Friedensverträgen erklärt, liesse sich sachlich entweder in die Unterverbrauchstheorie oder in die Deflationstheorie einreihen; und ähnlich liessen sich alle Theorien bezüglich der Weltkrise überhaupt eingliedern, denn sie alle lassen sich auf zwei zurückführen, die die Krise mit zwei einander entgegengesetzten Ursachenkomplexen erläutern. Es sind dies folgende zwei Theorien: die Theorie des Unterverbrauches und die Deflationstheorie. Jene erklärt die Krise mit Ursachen, welche die Güter, diese mit Ursachen, welche das Geld betreffen. Damit wird die Ätiologie (die Ursachenfindung) der Krise vereinfacht, zugleich jedoch

die Kluft zwischen diesen beiden Theorien in ihrer ganzen Tiefe aufgezeigt. Denn, obwohl dargetan wurde, dass die Symptome nach beiden Theorien dieselben sind, ist das Heilungsverfahren nach ihnen ganz entgegengesetzt.

In kurzen Zügen habe ich mich schon in dieser Abhandlung mit der Deflationstheorie auseinandergesetzt. Die Bedeutung ihrer Abweichung (von meiner Theorie), die gerade in der Verschiedenheit des Heilungsverfahrens liegt, zwingt mich, eine Abhandlung speziell der Frage zu widmen, ob die Krise der Unterverbrauch infolge der Gelddeflation oder infolge der die Güter betreffenden Ursachen (Unterverbrauch = relative Überproduktion) hervorgerufen hat. Dies erfordert jedoch in erster Linie, dass er klar sei, wann man von einer Wertänderung der Geldeinheit, und wann von einer Änderung des Güterwertes sprechen könne. Alle diese Fragen will ich in einer besonderen Abhandlung in der nächsten Zeit verarbeiten. \*)

## 2. Die Weltwirtschaftskrise und der Geldwert.

---

\*) Es ist dies die folgende Abhandlung: „Die Weltwirtschaftskrise und der Geldwert“. (Anm. der Herausg.)

## I N H A L T :

### I. Einleitung.

1. Rückführbarkeit aller Theorien über die Krise auf zwei Typen: die Unterverbrauchs- und die Deflationstheorie.
2. Das Wesen der beiden Theorien und worin sie sich unterscheiden.
3. Die Folgerungen.

### II. Das Problem der Möglichkeit einer Wertänderung im Tauschwert des Geldes und hiemit auch der Deflationsmöglichkeit.

1. Die Systeme des Geldmechanismus, d. s. das System der Einkommen, das System der Erträge und das System der Preise sowie ihre Verbundenheit.
2. Aus welchen Voraussetzungen bei Preisänderungen lässt sich auf eine Wertänderung des Geldes schliessen?
3. Die Art und Weise, wie man eine Aufwertung der Geldeinheit (Deflation) verwirklichen kann.
  - a) Bei nicht gebundener Währung.
  - b) Bei gebundener Währung.
4. Die Wahrscheinlichkeit einer Änderung im Tauschwert des Goldes infolge seiner Erzeugungs- u. Absatzverhältnisse.
5. Kasuistische Erhebungen über die Deflation.
  - a) Bei ungebundener (nicht stabilisierter) Währung.
  - b) Bei gebundener (stabilisierter) Währung.

### III. Das Problem der Möglichkeit der Unterverbrauchstheorie, also einer Theorie, die vom entgegengesetzten Pole als die Deflationstheorie ausgeht.

1. Einwendungen gegen die Unterverbrauchstheorie.
2. Entkräftung dieser Einwendungen.
  - a) Die irrige Voraussetzung, dass die Unterverbrauchstheorie die Rationalisierung als die einzige Ursache der Weltkrise ansehe.
  - b) Die irrige Voraussetzung, dass die Preise während der Weltkrise infolge der Rationalisierung gesunken sind.
  - c) Die irrige Voraussetzung, dass man den Unterverbrauch infolge der Arbeitslosigkeit durch den Überverbrauch der übrigen Verbraucher ersetzen könne.

### IV. Praktische Folgerungen unserer Untersuchung.

## I. EINLEITUNG.

### 1. Rückführbarkeit aller Theorien über die Krise auf zwei Typen (die Unterverbrauchs- und die Deflationstheorie).

Sämtliche Theorien über die Wirtschaftskrise lassen sich im grossen ganzen auf zwei Haupttypen zurückführen: die Theorien, die den Ausbruch der Krise mit Ursachen begründen, welche die Güter betreffen, und die Theorien, die sie mit Ursachen begründen, welche das Geld betreffen. Denn darin stimmen alle Wirtschaftler überein, dass die Krise durch eine Störung des Gleichgewichtes zwischen der Erzeugung (Produktion) und dem Verbrauch (Konsum) entstanden ist. Gerade deswegen müssen sich alle Theorien über die Krise in eine der beiden genannten Typen einreihen lassen. Dies gilt z. B. nicht weniger von der Meinung der Autoren, die die Krise mit Zollschranken oder mit der internationalen Verschuldung und mit den Wiedergutmachungen erklären, als von der Meinung jener, die sie mit einer Überspannung des Kredites usw. erklären. Denn die Zollschranken verursachten einen verlangsamten Fluss des Güterausstausches, also vielleicht auf der einen Seite Überproduktion und Absatzschwierigkeiten, auf der anderen Unterverbrauch. Die internationale Schulden und Wiedergutmachungen verursachen wieder eine Herabsetzung des Masses der Lebenshaltung einer Nation zu Gunsten einer anderen, allenfalls auch sogar Währungs-Störungen, und die letzteren erzwingen sich wiederum Kreditrestriktionsmassnahmen, die zu

Änderungen auf monetärer Seite, d. i. zur Aufwertung der Geldeinheit führen könnten; eine Überspannung des Kredites führt wieder zur Überkapitalisierung durch Investitionen und daher einerseits zur relativen Überproduktion durch maschinelle Hyperämie, andererseits zum Unterverbrauch infolge der Arbeitslosigkeit usw. usw.

Obwohl es also unendlich viele Theorien über die Ursachen der Krise gibt, liegen hier, wie man sieht, eigentlich nur sehr wenige Typen vor. Dadurch vereinfacht sich die Ätiologie der Krise ganz wesentlich. Allerdings sind andererseits diese zwei Typen der Theorien und Ursachenkomplexe, von welchen diese Theorien ausgehen, wieder in ihrem Wesen von einander weit mehr entfernt, als allgemein angenommen wird. Obwohl die Kennzeichen, die dieser oder jener typischen Ursachengruppe entsprechen würden, fast die gleichen sind (wie wir im Verlaufe der weiteren Darlegung ersehen werden), so dass sie der flüchtige Beobachter fast gar nicht unterscheidet, was zu vielfachen Missverständnissen führt, sind dennoch diese beiden Gruppen nicht nur theoretisch entgegengesetzte Pole, sondern auch therapeutisch verschiedene Keime, die zu verschiedenen Krankheiten führen und eine ganz andere Therapie erfordern.

## 2. Das Wesen der beiden Theorien und worin sie sich unterscheiden.

Den beiden Typen der Ursachenkomplexe, von denen die Rede ist, entsprechen also zwei einander entgegengesetzte Theorien: Den Ursachen, welche, wie man annimmt, Veränderungen auf der Geldseite hervorriefen, entspricht die Deflationstheorie, den Ursachen, welche sie auf Seite der Ware annahmsweise hervorbrachten, die Theorie des Unterverbrauches. Die Deflationstheorie nimmt an, dass die Geldeinheit aufgewertet

wurde. Die Geldaufwertung muss sich jedoch in irgendeinem Systeme des Geldmechanismus (also in den Einkommen, Preisen oder Erträgen), also z. B. im Preissturze der Güter äussern. Infolge des bestehenden Zusammenhanges zwischen dem Preis-, Ertrags- und Einkommen-System, die ich zusammenfassend die Systeme des Geldmechanismus nenne, können jedoch die Preise auf dem herabgesetzten Niveau nicht isoliert bleiben, ohne dass es sich mit der Zeit auch in den Erträgen und den Einkommen ausprägen würde. Die Deflationstheorie läuft darauf hinaus, dass der Prozess, der im Gange ist und eine Labilität im ganzen Geldmechanismus hervorruft und dadurch wirtschaftlichen Zerfall bewirkt, beschleunigt werde; mit anderen Worten: Die Heilung der Deflationstheorie nach muss folglich in dem Bestreben liegen, dass die Einkommen (da die Erträge mit den Preisen sinken) *sich den gesunkenen Preisen anpassen und also herabgesetzt werden.*

Dagegen lehrt die Theorie des Unterverbrauches, dass die Preise nicht deshalb gesunken sind, weil die Geldeinheit aufgewertet worden wäre, sondern, weil der normale Verbrauch unerwartet eingeengt wurde, nachdem ein grosser Teil der Konsumenten vom Verbräuche ausgeschlossen wurde, ein anderer Teil aus psychischen Gründen nicht verbrauchen will, und der Rest nicht mehr als vorher verbrauchen kann, da sonst nicht Sättigung, sondern Übersättigung eintreten müsste. Es verhält sich also nach dieser Theorie die Sache derart, als wäre ein grosser Teil der Konsumenten infolge einer Epidemie vom Tode plötzlich ereilt worden. Der Unterverbrauch zeitigt die gleichen Wirkungen wie die relative Überzeugung: Es sind mehr Güter vorhanden, als unter den gegebenen Umständen aufgebracht werden kann. Der natürliche Abfluss von dem angehäuften Gütervorrat, der

im Verkauf der Güter gelegen ist, wird verstopft, eine Preissenkung soll ihm den Weg freimachen. Die Preisbewegung kommt auf Seite der Güter zustande, nicht auf Seite des Geldes; *die Veränderung muss nicht im gesamten Geldmechanismus zum Ausdruck kommen*. In beiden Theorientypen wird als markantes Kennzeichen anerkannt, dass die Preise gefallen sind, die Auslegung und Heilung ist jedoch verschieden. Würde die Geldeinheit aufgewertet, muss sich die Kehrseite dieser Aufwertung im ganzen Geldsystem ausprägen, also in allen Posten, die in Geld ausgedrückt werden: also nicht nur in den Preisen und Erträgen, sondern auch in den Einkommen. Die Heilung beschleunigt also nur das, was ohnedies geschehen musste, sie setzt eigentlich die Einkommen nicht herab, sondern *führt* diese Herabsetzung *nur äusserlich durch*, sie erklärt offen (actu), was in den Verhältnissen vorläufig unsichtbar verhüllt ist (virtualiter). Dagegen sieht die Theorie des Unterverbrauches, die in der Preissenkung eine *isolierte*, durch den Unterverbrauch hervorgerufene *Erscheinung* erblickt, keine Notwendigkeit, den *ganzen Geldmechanismus* und hiemit auch das System der Einkommen umzubauen (die Erträge werden bei sinkenden Preisen wohl immer eine sinkende Tendenz aufweisen), sondern sie will diese isolierte Erscheinung auch isoliert behandeln. Wenn der Unterverbrauch tatsächlich durch das Ableben der betreffenden Verbraucher (durch Krieg, Seuche u. ä.) verschuldet wäre, dann liesse sich ihre Zahl schwer auffüllen. Ist er jedoch nur durch eine fehlerhafte Organisation hervorgerufen, also z. B. durch ihre Ausscheidung vom Verbrauch, sieht die Unterverbrauchstheorie ihre wirksamste Heilung in dem Bestreben, die Verbrauchs- und Kaufkraft, soweit als möglich, dadurch zu unterfangen, dass der erloschene Verbrauch der Beschäfti-

gungslosen wieder belebt und der lethargische Verbrauch jener, die verbrauchen können, aber aus psychischen Gründen mit dem Verbräuche zögern, angeregt werden wird.

### 3. Die Folgerungen.

Daraus kann man die ganze Tiefe der Schlucht ermessen, die im Hinblick auf die Heilung zwischen den beiden Typen der genannten Theorien klafft. Obwohl die Kennzeichen die gleichen sind, geht die Therapie diametral auseinander. Während die Deflationstheorie ihr Ziel in der *Senkung der Einkommen* sehen muss, damit der Gesundungsvorgang möglichst beschleunigt werde, sieht die Unterverbrauchstheorie in einem solchen Eingriffe eine Verschärfung der Krise, eine Verschlechterung der Verhältnisse; im Gegenteil, *sie will die Verbrauchskraft stärken, die Zahl der Einkommensbesitzer erhöhen*, um den stockenden Absatz zu bessern, den Abfluss der Erzeugung frei zu machen, wovon sie sich auch eine Erhöhung des Preisniveaus und damit auch eine Verbesserung der Erträge für das Unternehmertum verspricht. Die Therapie ist also ganz entgegengesetzt.

Aus der ganzen Weltlage ist ersichtlich, dass die Lösung leider gleichzeitig in beiden Richtungen und auf beide Seiten erfolgte, je nach dem, ob sich die politische Macht bald dieser, bald jener theoretischen Stellungnahme zuneigte. Das Ergebnis ergibt einen vollständigen Wirrwarr.

Das Problem ist jedoch von einer solchen Wichtigkeit, dass es angemessen erscheint, den ganzen Komplex der hierher fallenden Fragen einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen, damit auch der Nichtfachmann sich eine unvoreingenommene Ansicht über die Eignung der betreffenden Therapie machen könne.

In meiner Broschüre „Die Weltwirtschaftskrise, ihre Diagnose und Therapie“ (Rohrer, Brünn 1931) habe ich meine Unterverbrauchstheorie genügend begründet, in der Schrift „Světová krise a podkonsum“ (Orbis, Prag) war ich bemüht, all das noch aufzuklären, was vielleicht in meinen Darlegungen unklar geblieben war, und deshalb kann ich an meiner eigenen Theorie stillschweigend vorübergehen und werde es dafür versuchen, die entgegengesetzte Theorie, also die Deflationstheorie einer Untersuchung zu unterziehen.

Ich glaube, die grösste Schwäche dieser Theorie liegt in dem Umstande, dass ihre Anhänger aus Anzeichen ihre *Notwendigkeit* ableiten, ohne die Frage ihrer *Möglichkeit* zu erwägen. Sie gehen von der Voraussetzung aus, dass falls hier bestimmte Anzeichen vorhanden sind, die Deflation als dargetan erscheint, sie bemühen sich jedoch nicht nachzuweisen, wie sie entstanden ist, ja sie erwägen nicht einmal, ob es die *Erzeugungsverhältnisse* des Gutes „Gold“ sind, die eine Änderung seines Tauschwertes verursacht und demnach eine Änderung aller in Gold ausgedrückten Posten erzwungen haben, oder ob es *bestimmte Massnahmen* sind, die künstlich den Goldwert erhöht haben. Sie erwägen weiters nicht, ob eine solche Änderung der Erzeugungsverhältnisse beim Golde eingetreten ist und ob seine künstliche Aufwertung überhaupt und unter welchen Bedingungen durchführbar ist.

Ich will daher versuchen, in meiner folgenden Untersuchung die Möglichkeit der Goldaufwertung entweder auf Grund künstlicher Wirtschaftsmassnahmen oder auf Grund seiner Erzeugungs- und Absatzverhältnisse im Auge zu behalten und weiters die Möglichkeit der Gelddeflation für andere Fälle als für denjenigen der künstlichen Goldmetallaufwertung in Erwägung zu ziehen.

## II. DAS PROBLEM DER MÖGLICHKEIT EINER WERTÄNDERUNG IM TAUSCHWERTE DES GELDES UND HIEMIT AUCH DER DEFLATIONSMÖGLICHKEIT.

Zu diesem Zwecke ist es unerlässlich, eine Auslegung darüber vorzuschicken, was unter „Änderung auf der Geld-Seite“, also unter Inflation und Deflation zu verstehen ist, denn gerade in dieser Hinsicht kann man in der breiten Öffentlichkeit manchmal eine Unklarheit der Begriffe antreffen, was ich bei verschiedenen Wechselreden zu beobachten Gelegenheit hatte, bei welchen manche Redner „den Nachweis einer nicht wankend zu machenden Deflation“ z. B. in der Tatsache finden, dass beinahe alle Güter im Preise sehr stark gesunken sind, sodass man für dasselbe Geld weit mehr kaufen könne, dass also das Geld höher im Wert stehe, und dass die Geldaufwertung das Ergebnis und den Beweis der Deflationsbemühungen darstellt.

1. Die Systeme des Geldmechanismus, d. s. das System der Einkommen, das System der Erträge und das System der Preise, sowie ihre Verbundenheit.

Bevor wir jedoch daran schreiten, die Begriffe der Deflation und Inflation klarzulegen, müssen wir noch vorher gewisse gegenseitige Zusammenhänge der volkswirtschaftlichen quantitativen Systeme beachten, die

durchwegs in Geldeinheiten ausgedrückt zu werden pflegen und deren quantitative Beziehung also nicht willkürlich sein kann. Es ist dies das System der Einkommen, der Preise und der Erträge von Unternehmungen. Diese Systeme greifen innig in einander ein und bilden zusammen ein organisches Ganzes, dessen Aufklärung die Bedingung für das Verständnis einer Möglichkeit von Wertänderungen der Geldeinheit ist.

Die Unternehmungen erzeugen Gegenstände, die den menschlichen Bedürfnissen dienen, sog. Güter. Bei dieser ihrer Tätigkeit stellt der maximale Geldertrag das Ziel dar. Diesen Ertrag teilt der Unternehmer mit den Arbeitskräften, die Erträge fliessen den Hauswirtschaften als Einkommen zu. Für das Einkommen werden Güter gekauft und hiemit wirken die letzteren bei der Preisbildung mit, da die Summe der Preise der eingekauften Güter nicht diejenige der Einkommen übersteigen kann. Die Einkommen werden also in Bruchteile zergliedert, die in der Gestalt von Preisen die Güter erwerben. Es ist ein theoretischer Irrtum zu glauben, dass die Summe der Erträge immer der Summe der Einkommen gleichkomme, denn sehr oft, ja meistens behält das Unternehmen einen Teil der Erträge vor dem Einkommenstadium zurück und lässt ihn in die Hauswirtschaften überhaupt nicht durch. Allerdings ist auch die Annahme irrig, dass nur das Einkommen Güter kauft, denn auch die zurückgehaltenen Erträge kaufen dieselben (Maschinen usw.). Die ersparten Einkommen und die nicht verteilten (zurückgehaltenen) Erträge kommen der Kapitalisation, die von den Haushalten ausgegebenen Beträge den Gütern des endgültigen Verbrauches zu Gute.

Mit Ausnahme dieser Richtigstellung, die hier vorgenommen wurde, bleibt in Geltung, dass die Systeme der

Erträge, Einkommen\*) und Preise einander entsprechen und ein organisches Ganzes bilden, da sie nach Art eines Zahnradwerkes so ineinadergreifen, dass Änderungen, die infolge einer Verschiebung im Werte der Geldeinheit in einem System vorgenommen wurden, ziffern-mässige Änderungen auch bei den übrigen Systemen zur Folge haben.

Werden nämlich *die Einkommen* verändert, z. B. *fallen sie*, müssen auch die Preise fallen, denn, sollen alle auf dem Markte auftauchenden Güter verkauft werden und ist die Summe der Einkommen kleiner geworden, muss sich auch entsprechend die Summe der Preise verringern. Fallen dann die Preise, dann fallen auch die Erträge. *Läge der Anfang der Senkung in den Preisen*, müssen mit der Zeit auch die Erträge nachgeben und sich also auch die Einkommen senken, denn die Unternehmungen können nicht ständig gleich hohe Löhne und Beamten-Gehalte wie früher zahlen; die herabgesetzten Erträge der Unternehmungen bringen dann auch einen herabgesetzten Steuer-Ertrag und so trifft der Preis-Rückgang auch das Einkommen der Staats-Angestellten. *Würde schliesslich die Senkung von den Erträgen ausgehen*, wird dies mit der Zeit auch im Einkommen und so auf Umwegen auch wieder in den Preisen zum Ausdruck kommen.

Das, was gerade gesagt wurde, gilt allerdings *nur für den Fall, dass eine Änderung im Tauschwert der Geldeinheit eingetreten ist*, denn nur in diesem Falle muss eine Änderung *in allen drei Systemen* des Geldmechanismus (also im System der Einkommen, der Preise und der Erträge) eintreten. Das ist selbstverständlich, da

---

\*) Mit Rücksicht auf die besagte Richtigstellung wird es jedoch richtiger sein, statt von Erträgen von der gebildeten Kaufkraft, statt vom Einkommen von der gebrauchten Kaufkraft zu sprechen.

alle drei in Geld ausgedrückt sind, daher eine Änderung im Geldwerte sie alle berühren muss. Sie muss sich wohl nicht sogleich und gleichzeitig in allen dreien auf einmal kundtun, denn, wie gezeigt, kann sie zuerst in den Erträgen, oder zuerst im Einkommen, oder zuerst in den Preisen auftreten (daher ist die weit verbreitete Redensart, dass man die Geldaufwertung nur an den Preisen erkennen könne, nicht ganz richtig), aber mit der Zeit muss sie sich in allen drei Systemen ausdrücken (deshalb wollen die Anhänger der Deflationstheorie den Ermässigungsprozess, der in den Preisen und in den Erträgen vorhanden ist, durch eine Herabsetzung der Einkommen beschleunigen). *Die Notwendigkeit, mit der sich der ganze ziffernmässige Geldmechanismus in allen seinen Systemen (Einkommen, Preise, Erträge) ändern muss, ist das Haupt- und Grundmerkmal einer Änderung im Tauschwerte der Geldeinheit*, also einer Aufwertung oder Entwertung derselben (Inflation oder Deflation). Dagegen erfordert eine Änderung *im Tauschwerte der Güter keine Änderung und keinen ziffernmässigen Umbau aller Systeme des Geldmechanismus*, sondern nur einiger davon. So verändert z. B. eine Erhöhung der ganzen Produktion wohl alle Preise (sie sinken), aber das System der Erträge\*) und Einkommen bleibt unberührt. Die Änderung ging hier vom Werte der Güter aus.

Ähnlich, wie ich bereits in meiner Broschüre über die Krise breiter ausgeführt habe, kann eine Senkung aller Preise auch aus einer bedeutenden Verschiebung der Einkommen (Änderung der Distribution) eintreten, wenn beispielsweise ein bestimmter Teil der menschlichen Ge-

\*) Ein Unternehmen ersetzt sich die Preissenkung durch eine Erhöhung des Absatzes, sodass der Ertrag nicht sinkt, und wenn dieser nicht sinkt, muss auch das Einkommen nicht sinken.

sellschaft sein Einkommen fast vollständig verliert; und zwar auch in dem Falle, dass jenes Einkommen der übrigen Gesellschaft zuwachsen würde, denn der Unterverbrauch der einen lässt sich nicht durch einen Überverbrauch der kapitalisierenden Schichten und auch nicht durch Verbrauch an Kapital (z. B. Investitionen) ersetzen, da in solchem Falle die Absatzkrise in den Gütern des letzten Verbrauches entsteht und jeder Kapitalsverbrauch (maschinelle Investition) nicht nur überflüssig wird, da er nicht angewendet werden kann (der Absatz stockt), sondern die Krise erhöht (Überkapitalisierungen, Überinvestitionen).

2. Aus welchen Voraussetzungen bei Preisänderungen lässt sich auf eine Wertänderung des Geldes schliessen?

Nachdem wir uns nunmehr mit diesen im Vorhinein erforderlichen Erkenntnissen der Wirtschaftstheorie vertraut gemacht haben, können wir zur Erwägung darüber schreiten, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit man auf eine Wertänderung auf Seite des Geldes schliessen könne, und dies erst ermöglicht uns, mit Bestimmtheit die Frage zu beantworten, was eine Deflation und was keine ist.

I. Treten Preisänderungen bei den *einzelnen* Gütern auf, können wir mit Sicherheit annehmen, dass die Preisbewegung durch besondere Ursachen auf Seite der Güter, z. B. durch eine neue Rohstoff-Fundstelle, durch eine Änderung des Erzeugungsprozesses usw. hervorgerufen wurde, und es besteht kein Grund für die Annahme, dass sich die Geldeinheit geändert hat. (Es lässt sich aber nicht sagen, dass Änderungen der Geldeinheit eine gleichwertige Änderung des Preisniveaus *verursa-*

chen, als ob jenes die Ursache und dieses die Folge wäre. Die Senkung des Preises der Güter bei einer Änderung der Geldeinheit ist also nur die *Kehrseite* des Aufstieges des Geldwertes, keineswegs seine *Folge*.)

II. Ändert sich jedoch *das gesamte Preisniveau*, dann sind zwei Fälle zu unterscheiden: entweder ist die Änderung in allen Preisen ganz gleichmässig (die Preise ändern sich bei allen Gütern ganz gleichmässig) — dann muss auf eine Änderung im Werte der Geldeinheit geschlossen werden, da sonst vorausgesetzt werden müsste, dass gleichzeitig bei allen Gütern besondere Ursachen gleicher Stärke wirksam waren, was wohl unwahrscheinlich ist. Oder die Änderung ist wohl allgemein (in allen Preisen), aber keineswegs ganz gleichmässig. Dann ist eine Änderung im Werte der Geldeinheit *wohl möglich, aber keineswegs notwendig*. Sie ist *möglich*, da neben der *gleichmässigen*, durch die Änderung im Werte der Geldeinheit hervorgerufenen Gesamtpreisbewegung gleichzeitig auch besondere Änderungen im Werte bei den einzelnen Gütern eintreten konnten, sodass die Gesamt- und die besonderen Änderungen nebeneinander laufen, was sich in einer allgemeinen, aber nicht ganz gleichmässigen Bewegung aller Preise ausprägt. *Sie ist jedoch nicht notwendig* und es wäre vorzeitig, aus einer *gleichgerichteten* (die gleiche Richtung schliesst nicht die Notwendigkeit der Gleichmässigkeit ein) Bewegung aller Preise anzunehmen, dass es sich hier um eine Änderung im Werte der Geldeinheit handelt.

Nehmen wir z. B. den obenerwähnten Fall an, dass die Erzeugung infolge einer verständig angewandten Rationalisierung zugenommen und zu einer allgemeinen, wenn auch nicht ganz gleichmässigen Preisermässigung geführt hat: dann ist wohl eine allgemeine Preisermässigung eingetreten, nach Ansicht der breiteren

Öffentlichkeit ist man also zu einer im Werte höheren Einheit gelangt, weil wir doch für sie mehr kaufen, — und doch gab es in Wirklichkeit keine Wertänderung bei der Geldeinheit, sondern infolge des grösseren Vorrates an Gütern kam es zu einer Senkung des Gütertauschwertes und -preises. Der wesentliche Unterschied zwischen einer solchen, von den Gütern ausgehenden Wertänderung und einer Änderung im Werte der Geldeinheit ist dann, wie bereits erwähnt wurde, der, dass im ersteren Falle die Änderung des Preissystems nicht in den gesamten Geldmechanismus, also auch in das Einkommen- und Ertragssystem hineingetragen wird, im letzteren Falle (im Falle einer Änderung im Werte der Geldeinheit), *muss dagegen der ganze Geldmechanismus, also auch das Einkommen- und Ertragssystem die Änderung durchmachen*.

Oder nehmen wir weiters an, dass alle Güter im Preise gesunken sind, da sich die Distributionsstruktur geändert hat; z. B., wenn infolge irgendeiner neuen Entdeckung die Hälfte der heutigen manuellen Arbeit plötzlich durch maschinelle Energie ersetzt werden würde. Bloss die Hälfte der Menschheit könnte verbrauchen, was bei sonst gleich bleibender Erzeugung *eine Senkung aller Preise zur Folge haben müsste*, da die bisherigen Verbraucher in Wegfall kämen und die Übrigbleibenden ihren Verbrauch nicht sonderlich erhöhen könnten, soweit sie im Hinblick auf den Verbrauch im grossen ganzen saturiert waren, und doch gab es hier keine Wertänderung in der Geldeinheit.

Aus beiden Fällen geht hervor, dass der Schluss aus einer allgemeinen Preissenkung oder -steigerung der Güter auf eine Wertänderung der Geldeinheit noch keinesfalls berechtigt ist.

Die Voraussetzungen, aus denen wir schliessen kön-

nen, dass sich das Wertniveau der Geldeinheit verschoben hat, sind also folgende:

I. Entweder, dass sich alle Güterpreise *ganz gleich- und ebenmässig* geändert haben. Dann bedarf es keiner weiteren Kriterien.

II. Oder dass die Preisbewegung wohl alle Güter *gleichgerichtet* (in fallender oder steigender Richtung), keineswegs ganz eben- und gleichmässig getroffen hat. Ist die Preissenkung nicht ganz gleichmässig und sollen wir dennoch auf eine Änderung der Geldeinheit schliessen, dann ist das Vorhandensein von noch folgenden drei Voraussetzungen erforderlich:

1. *dass sich alle Preise der Güter geändert haben* (sonst werden wir auf besondere Ursachen bei dem betreffenden Gute oder Güterart schliessen, wie dies z. B. bei der Senkung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Zeit der Weltkrise der Fall war, einer Senkung übrigens, die — nebenbei gesagt, — die Weltkrise durch den Unterverbrauch der landwirtschaftlichen Bevölkerung beschleunigt hat);

2. *dass die Gesamterzeugung unverändert geblieben ist* (sonst könnte die Preissenkung durch eine Erhöhung, der Preisaufstieg durch eine Verringerung der Gesamterzeugung verursacht werden);

3. *dass die Distribution der Güter unverändert geblieben ist* (denn es ist kein Beweis für eine Wertänderung der Geldeinheit, wenn infolge besserer Distribution der Verbrauch und die Preise steigen, infolge gestörter Distribution beide fallen).

Also nur dann, wenn zu der allgemeinen Preisbewegung noch diese zwei weiteren Bedingungen, von denen die Rede war, hinzutreten, können wir auf Wertänderungen bei der Geldeinheit schliessen. Dann werden wir *von einer Inflation sprechen, wenn sich bei gleichblei-*

*bender Erzeugung und Verteilung die Kaufkraft ziffernmässig aufbläht, von einer Deflation, wenn sie unter denselben Bedingungen ziffernmässig einschrumpft.*

Daraus geht die für unsere Untersuchung wichtige Schlussfolgerung hervor, ob es sich nämlich bei der Weltkrise um ein Deflationsprozess handelt oder nicht: *Es müsste nachgewiesen werden, dass entweder alle Preise gleichmässige Änderungen erfahren haben, oder, wenn sie nur gleichgerichtet waren* (d. h. alle gefallen sind), *dass gleichzeitig die Erzeugung im grossen ganzen unverändert geblieben ist* und namentlich, *dass die Verteilung der Einkommen auch keiner Änderung unterworfen war*. Dieser Umstand ist ganz besonders wichtig, denn die dynamische\*) Ungleichmässigkeit der Verteilung erzeugt einen relativen Unterverbrauch, welcher einer Überproduktion gleichzusetzen ist, da eine Preissenkung bei der relativen Übererzeugung aus den gleichen Gründen eintritt, wie es bei der absoluten der Fall wäre.

3. Die Art und Weise, wie man eine Aufwertung der Geldeinheit (Deflation) verwirklichen kann.

a) *Bei nicht gebundener Währung:*

Damit haben wir uns den *Begriff einer Wertänderung* der Geldeinheit und dadurch auch die Möglichkeit einer solchen Änderung geklärt. Ein weiterer Punkt unserer Untersuchung müssen die *Methode und die Wege sein, die eine Deflation verwirklichen können*. Ich verweise in dieser Hinsicht auf die organische Verbundenheit des Geldmechanismus, d. i. des Systems der Einkommen,

\*) Durch den Wegfall von Verbrauchern entstanden. Näheres darüber in der „Weltwirtschaftskrise, ihre Diagnose und Therapie“ (Brünn 1931, bei Rohrer) Seite 13.

Preise und Erträge, von der oben die Rede war. Wollen wir die Werthöhe der Geldeinheit verschieben und damit die Änderung in den gesamten wirtschaftlichen Geldmechanismus, der in Geldeinheiten ausgedrückt ist, übertragen, genügt es, ein beliebiges der drei erwähnten Systeme zu ändern, und die Änderung wird sich selbsttätig auch auf die übrigen Systeme, wie von einem Zahnrad auf das andere übertragen. Es ist nämlich möglich, durch eine Deflationsmassnahme entweder die *Einkommen* durch ihre Herabsetzung anzugreifen, z. B. durch Verringerung der Dienstgehälter und Löhne, oder die *Preise*, z. B. durch eine Erhöhung des Kurses des heimischen Zahlungsmittels im Auslande, wodurch die ausländische Ware bei uns billig wird und so durch Vermittlung des Wettbewerbes alle heimischen Preise drückt, oder schliesslich die *Erträge* anzugreifen, z. B. durch Erschwerung des Kredites und Krediteinschnürung, durch starke Besteuerung, ohne dass sich der so gewonnene Steuerertrag neuerlich der Erzeugung und dem Verbräuche im Wege der staatlichen Ausgaben zur Verfügung stellen würde (z. B. Tribute) — und der Eingriff in ein System läuft auch in die anderen über.

b) *Bei gebundener Währung:*

Bisher wurde mit einer Währung gerechnet, die keine feste Beziehung zum Golde oder zur Währungseinheit eines Landes mit Goldwährung hat (sog. ungebundene Währung). Denn die organische Verbundenheit der Einkommen, Preise und Erträge muss auch ohne Goldwährung gelten. Sobald aber die *Goldwährung* eingeführt wird (gebundene Währung), bleibt hier nicht nur die *Verbundenheit zwischen den besagten drei Systemen*, sondern dieser ganze wirtschaftliche Organismus als Ganzes wird plötzlich *an den Preis des Goldes als Ware*

*gefesselt*. Es verhält sich so ähnlich, wie wenn die Himmelskörper unseres Planetensystems (die Sonne eingerechnet), welche gegenseitig durch die Gravitation aneinander gebunden sind, plötzlich als ein ganzes System samt unserer Sonne wieder an einen unbekanntem weiteren Himmelskörper oder Himmelssystem gefesselt wären, dessen Bahn und Gesetze sie teilen müssten. Das Gold und sein Wert bilden also das vierte Mitglied dieses bisher dreigliedrigen Organismus, wohl aber *nicht ein gleichwertiges Mitglied*, da seine Tauschbeziehung zu den übrigen Gütern die Höhe der Systeme des Geldmechanismus, d. i. des Systems der Einkommen, Preise und Erträge, bestimmt, keineswegs jedoch umgekehrt, d. h. die Höhe der Systeme des Geldmechanismus können nicht dauernd auf beliebige Weise die Tauschbeziehung des Goldes zu den übrigen Gütern, also den Tauschwert des Goldes bestimmen, es wäre denn, dass dies durch eine einvernehmliche Massnahme auf der ganzen Welt erfolgen würde. Und diese feste Verbindung ist ja eben auch der Zweck der Goldwährung. Denn es handelt sich nicht nur darum, dass die Systeme des Geldmechanismus, d. i. das System der Einkommen, Preise und Erträge untereinander verbundene Gefässe darstellen, dass also die einzelnen Posten des Geldmechanismus in einander greifen, was ohnedies geschieht, sondern dass dieser ganze Mechanismus als Ganzes durch etwas fixiert, irgendwo angehängt, irgendwo fest gestützt werde. Denn sonst ist er augenscheinlich zahlreichen Änderungen ausgesetzt, da jede Änderung im Werte der Geldeinheit in einem der Systeme die Tendenz hat, sich sofort den übrigen zweien mitzuteilen. Denn soviel Systeme, ja vielmehr, sovieler verwundbare Punkte in jedem von ihnen, soviel Gefahren, dass die Stabilität des ganzen Geldmechanismus gestört wird.

Die grösste Gefahr ist wohl die *unausgeglichene zwischenstaatliche Zahlungsbilanz* und damit die Gefährdung des Auslandskurses der Währung, dessen Bewegung die Preise unmittelbar angreift (sodass bei ausgeglichener Zahlungsbilanz die Goldwährung im grossen ganzen entbehrlich wird, wenn nicht gewaltsam und künstlich in eines der Systeme des Geldmechanismus eingegriffen wird).

Das System der Einkommen, Preise und Erträge ähnelt somit ohne Festsetzung der Tauschbeziehungen zum Golde einer Art von Planetensystem, das sich frei im Raume bewegt (ohne Beziehung zu den übrigen Sonnen, also ungefähr derart, wie sich früher unsere Vorfahren das Verhältnis der Fixsterne unter einander vorgestellt haben), nach Einführung der Goldwährung bilden jedoch die Systeme des Geldmechanismus ein gebundenes System, wie es unser an andere Himmelssysteme gebundenes Planetensystem vorstellt.

Wird der Preis des Goldes als Ware geändert, dann muss sich wohl der ganze Geldmechanismus ändern: zuerst das Geldsystem der Erträge und Einkommen und nachträglich auch das Preissystem. *Eine Änderung des Goldpreises muss sich wohl zuerst in den Erträgen und Einkommen ausprägen (restringierende Notenbankpolitik), da die Güter unmittelbar gegen Gold nicht regelmässig, sondern nur ganz ausnahmsweise getauscht werden, sodass die Preisbeziehung des Goldes zu anderen Gütern nur mittelbar zum Ausdrucke kommt.*

Wichtig ist jedoch die Frage, ob auch der umgekehrte Vorgang möglich ist, dass sich nämlich eine Änderung in sämtlichen Systemen des Geldmechanismus auch eine Änderung des Goldwertes erzwingen würde. Der Einfachheit wegen erwägen wir z. B. nur eine *Aufwertung* des Goldes (Deflation), und keineswegs die entgegenge-

setzte Richtung (Inflation). Und da ergibt es sich, dass dies wohl möglich wäre, aber *nur vermittelt gleicher Massnahmen in der ganzen Welt, nicht örtlich*. Denn, wenn ein einzelner Staat daheim die Erträge und Einkommen herabsetzen würde, dann würde die Änderung auch in die Preise übergehen, wohl aber nur in seinen Grenzen. Wenn sich jedoch die Weltrelation des Goldes als Ware zu anderen Weltpreisen dauernd nicht ändern würde, dann müsste sich die ganze Folgeerscheinung dieser Herabsetzung der Erträge und Einkommen in einem erhöhten Währungskurse des betreffenden Staates zeigen. Der Wert seiner Geldeinheit (ihre Kaufkraft) würde sich höher stellen, als dies seiner (vom Gesetze festgesetzten) Goldwährungseinheit auf dem Weltmarkte entsprechen würde. Da jedoch bei der Goldwährung ein Abgehen der Währung vom Goldwerte nicht möglich ist, ausser wieder im Gesetzeswege, würde der Kurs der Währungseinheit unverändert bleiben, die Preise würden jedoch eine steigende Richtung einschlagen und das Geldsystem würde sich rückläufig wieder ein erhöhtes Ertrags- und Einkommenssystem erzwingen und auf diese Weise sich wieder auf der ursprünglichen Höhe stabilisieren. Die praktischen Folgen werden wir im Verlaufe der weiteren Darlegungen sehen.

Aus dieser theoretischen Auslegung geht hervor, dass die Art der Durchführung der Deflation in einem Staate *mit einer an das Gold nicht angehängten Währung durch einen Deflationsumbau irgendeines der Systeme des Geldmechanismus* (also entweder des Systems der Einkommen, oder der Preise, oder der Erträge) *möglich ist. Bei Staaten mit Goldwährung und stabilisierten Währungen ist die Gelddeflation nur als Folge einer Änderung des Goldwertes möglich, z. B. infolge geänderter Erzeugungsverhältnisse, es ist jedoch keine künstliche*

*Änderung seines Wertes, z. B. durch eine Kreditdeflation möglich, denn ein isoliertes Deflationsbestreben eines Staates könnte sich, wie oben gezeigt wurde, nicht durchsetzen und ein übereinstimmendes der ganzen Welt ist praktisch fast undenkbar. Eine Golddeflation infolge von Wertänderungen ist dann wieder nur so möglich, dass sie vorerst in den Erträgen und Einkommen und erst zuletzt in den Preisen, wie oben dargetan, sich kundgeben würde.*

#### 4. Die Wahrscheinlichkeit einer Aenderung im Tauschwert des Goldes infolge seiner Erzeugungs- und Absatzverhältnisse.

Mit der Untersuchung darüber, ob die Erzeugungsverhältnisse des Goldes dafür sprechen, dass Mangel daran für Währungszwecke eingetreten und sein Tauschwert gestiegen ist, werde ich mich nicht eingehend befassen. Ich verweise auf die Schrift Hantos's (Die Kooperation der Notenbanken, J. C. B. Mohr, Tübingen 1931), wo er auf Seite 32 u. f. auf Grund zahlreicher Quellen nachweist, dass auch Schwarzseher bezüglich der genügenden Goldversorgung erst in einer *späteren Zeit* mit einem möglichen Mangel daran rechnen, indem sie eine Verringerung seiner Gewinnung und einen gewissen Abgang in der Deckung seines Gesamtbedarfes in Aussicht stellen.

#### 5. Kasuistische Erhebungen über die Deflation.

Erwägen wir nun weiters, wie bisher praktisch die Deflation durchgeführt zu werden pflegte und welche Anzeichen während der Weltkrise den Schluss auf eine Golddeflation zulassen würden.

#### a) Bei ungebundener (nicht stabilisierter) Währung:

Nach dem Kriege führten einige Staaten die Deflation durch. Es waren dies z. B.: England, Italien, die Tschechoslowakei u. a. m. Doch waren es durchwegs Staaten, die zur Zeit der Deflationsbestrebungen keine Goldwährung hatten und die entweder die Goldparität der Vorkriegszeit wieder zu erlangen (England), oder sich ihr wenigstens zu nähern suchten. Aus den vorangehenden Darlegungen ist ersichtlich, dass in diesen Fällen alle jene Deflationsmethoden, die für den Fall der ungebundenen Währung oben (unter 3a) als zulässig und geeignet bezeichnet wurden, zur Anwendung werden gelangen können. Es konnten daher die Deflationsausfälle beliebig gegen die Einkommen, oder gegen die Preise, oder gegen die Erträge gerichtet werden. Die beliebteste Art der Verwirklichung der Deflation war jedoch die Hebung des Auslandskurses der Währung, womit ein nachhaltiger Druck auf das ganze Preissystem (durch die ausländische Konkurrenz) ausgeübt wurde.

Auch die Deflation in der Tschechoslowakei wurde dadurch eingeleitet, dass der Auslandskurs der heimischen Währung künstlich gehoben wurde. Dadurch wurde die Auslandsware billig, die Einfuhr wurde angelockt, die Ausfuhr erschwert. Die heimischen Preise mussten sich diesem Drucke des Auslands-Wettbewerbes anpassen. Da die Warenpreise sanken, fielen auch die Preise der Lager und Vorräte, die Investitionen wurden erschwert, es stieg die Belastung der Schuldner usw. Die Einkommen blieben vorerst unberührt, es drang die Deflation nicht zuerst in das Einkommenssystem, sondern in das Preissystem ein, nicht jedoch unter dem Drucke des heimischen Unterverbrauches, sondern durch das Angebot ausländischer Ware. Mit der Zeit mussten sich wohl die heimischen Einkommen diesem Stande anpas-

sen, da die sinkenden Erträge der Unternehmungen Abstriche an den Ausgaben (Gehalten, Löhnen) erforderten und einen fallenden Steuerertrag verursachten; das Gespenst des Voranschlagsabganges übte einen Druck auf die Ausgabenwirtschaft des Staates aus, sodass durch die Erhöhung des Auslandskurses die gesamte Apparatur von Mitteln in Bewegung gesetzt wurde, die den Deflationsvorgang zustande bringt.

Die Deflation vermittelt einer restriktiven Zinsen-, Kredit- oder Einkommenspolitik, also durch unmittelbare oder mittelbare Drosselung der Erträge und Einkommen zu verwirklichen, wäre wohl möglich, aber auch verwickelter gewesen.

#### b) Bei gebundener (stabilisierter) Währung:

Bei einer Goldwährung eine Deflation mit der gleichen Methode durchzuführen, wie sie oben geschlidert wurde, ist überhaupt unmöglich. Und das, was bezüglich der Goldwährung erwähnt wurde, gilt von allen Währungen, die ich als *gebunden* bezeichne, d. i. solchen, die ihr Verhältnis zum Golde *unmittelbar* oder *mittelbar* fest, gesetzlich geregelt haben. *Unmittelbar*, wo die Währungseinheit geradezu ein bestimmtes Goldgewicht darstellt, *mittelbar*, wo die Währungseinheit mit einer goldenen fremden Währungseinheit, also z. B. mit dem Dollar oder dem französischen Franken fest verknüpft wurde.

Von der Verwirklichung einer Deflation bei diesen gebundenen (stabilisierten) Währungen gilt, was hier oben gesagt wurde (unter 3b).

Ein Auseinandergeraten von Gold und Geld ist im solchen Falle nicht möglich. Die Währungseinheit kann hier nicht im Kurse über die Goldparität steigen, und es

lässt sich daher die Deflation durch keine künstliche Hebung des Auslandskurses in Wege leiten.

Wir haben also erstens festgestellt, dass eine Goldaufwertung bei einer Gold- und bei einer gesetzlich stabilisierten Währung *mit der monetären Deflation überhaupt zusammenfällt*, d. h. dass es unmöglich ist, das Gold ohne Geldaufwertung und ebenso auch *nicht die Geldeinheit über die Goldparität* aufzuwerten. Eine Golddeflation kann sich *nur im Verhältnis* zur Ware, zum Preise der Güter ausdrücken. Weiters haben wir festgestellt, dass man diese Deflation durch Hebung des Auslandskurses nicht verwirklichen könne.

Daraus, was oben (unter 3b) von der Deflation bei gebundener Währung gesagt wurde, geht hervor, dass die Einleitung und Entstehung einer (Preis-) Deflation nicht anders möglich und durchführbar ist, als durch eine Verringerung der Erträge und der Einkommen, und also indirekt durch eine Deflation der Kaufkraft.

Eine Golddeflation, d. i. eine Goldaufwertung im Verhältnis zum Güterwerte ist also nicht anders denkbar als so, dass bei unveränderter Erzeugung plötzlich die *Erträge und Einkommen abgeschnürt zu werden beginnen*. Denn wie sollte derjenige, der kaufen soll, überhaupt wissen, dass eine Goldaufwertung im Gange ist und dass er also billiger kaufen soll?

Die besagte künstliche mittelbare Dämpfung der Kaufkraft kann namentlich die Notenbank mit ihrer Kredit- und Zinsenpolitik durchführen. Diese Ertrags- und Einkommensabschnürung ist jedoch nichts anderes als die *Schaffung eines künstlichen Unterverbrauches*, d. i. eine Herabsetzung des Verbrauches im Wege eines indirekten Zwanges. Und so gelangen wir zu einer weiteren, für unser Problem wichtigen Erkenntnis: Wird

zwischen den *Kennzeichen einer Deflation und jenen des Unterverbrauches unterschieden, dann beruht eine solche Unterscheidung auf Irrtum. Denn in diesen Kennzeichen kann es überhaupt keinen Unterschied geben;* und zwar deshalb, weil die Deflation sich auch durch Unterverbrauch kundgeben müsste und weil der Unterverbrauch aus der Deflation gar keine anderen Kennzeichen als der Unterverbrauch aus der Rationalisierung, aus der psychischen Depression und aus den übrigen von mir aufgezählten Krisenursachen aufzuweisen hatte. Belege darüber, ob die Krise *aus der Deflation oder dem Unterverbrauche* entstanden ist, *lassen sich also überhaupt nicht aus den Kennzeichen, sondern nur aus der Verschiedenheit der Ursachen erbringen*, die die heutigen Symptome der Wirtschaftskrankheit, d. i. den Unterverbrauch, der in beiden Fällen in Erscheinung hätte treten müssen, hervorgebracht haben. Und das ist doch nicht schwer festzustellen. Hier entscheidet kein „auf's Gerate wohl Raten“, auch keine Wahrnehmungsschärfe, sondern nur *Tatsachen*. Wo wurden, so frage ich die Anhänger der Deflation, die entsprechenden deflationistischen Massnahmen zu Beginn der Krise vorgenommen? Die Krise brach notorisch in den Vereinigten Staaten aus. Welche Massregeln waren es dort, die die Erträge und Einkommen herunterschraubten? Wo waren die hohen Zinsfuß-Sätze vor Beginn der Krise, die etwas Derartiges bewirkt hätten, wo doch bekannt ist, dass sie in den V. S. A. vor der Krise 6¼% nicht überstiegen? Nach dem Ausbruche der Krise sanken die Sätze fast überall sogar auf eine bisher nie dagewesene Stufe. Welche historische Tatsache vermögen die Anhänger der Deflation überhaupt zur Bestärkung ihrer Argumentation vorbringen? Worin bestünde übrigens der Beweggrund für einen Deflationseingriff in den Vereinigten

Staaten,\*) die, wie bekannt, geradezu ein Zentralreservoir für beinahe das gesamte Gold der Welt bildeten?

War die aus der Goldaufwertung hervorgegangene Deflation die Ursache der Krise, dann müsste sich, wie oben (sub 3b) dargelegt wurde, diese Aufwertung zuerst in den Erträgen und in den Einkommen äussern und zwar in beiden Fällen: ob nun schon die Aufwertung infolge der geänderten Erzeugungsverhältnisse des Goldes oder infolge einer künstlichen Gold-Aufwertung eingetreten wäre. *Im ersteren Falle* müsste sich die Aufwertung dort äussern, wo *Goldmangel für Währungszwecke* herrschte, denn es stellt eine Eigentümlichkeit „des Gutes Gold“ dar, dass sein Tauschwert weit eher von Währungsbedürfnissen als von Bedürfnissen, deren Befriedigung die gewerbliche Verarbeitung dient, bestimmt wird. Dies ist allerdings in den Vereinigten Staaten, wo zur Zeit des Krisenausbruches noch die Mehrheit des Weltvorrates zusammengezogen war, ausgeschlossen. *Im letzteren Falle* müsste es hier vor allem einen Beweggrund für die künstliche Aufwertung geben (wenn nämlich die Aufwertung nicht durch die Erzeugungs- und Absatzverhältnisse erzwungen wurde), und weiters, wie gezeigt wurde, hätte dieselbe nicht örtlich, sondern gleichzeitig auf der ganzen Welt erfolgen müssen. Die übliche Auslegung, dass die ungleichmässige Goldverteilung einen solchen Beweggrund darstellt, der Kreditrestriktionen in den Ländern, wo Mangel an Gold

\*) B. Anderson z. B. weist in Chase Economic Bulletin (Vol. XI. „Gold“, 16. III. 1931) nach den Indizes nach, dass vor der Krise viel mehr Kredite gewährt wurden, als es der wirtschaftlichen Dringlichkeit entsprochen hätte. Selbst angenommen, dass es in den Vereinigten Staaten eine Kredit-Inflation gab und dass sie beseitigt wurde, wurde damit noch lange nicht die Deflation in die Wege geleitet.

herrschte, hinaufbeschwor, lässt sich durch keine konkrete Restriktionsmassnahme in den kritischen Ländern belegen, denn gerade bei der überwiegenden Mehrheit von ihnen war nicht eine reine Goldwährung in Geltung, sondern der sog. „Gold exchange standard“ (Einrechnung vollwertiger Devisen in den Goldschatz), der einen grösseren Goldvorrat entbehrlich machte, ja, der sogar oft beschuldigt wurde, dass er inflativ wirkt.

Es lässt sich also selbst bei sorgfältigster Nachforschung keine Tatsache finden, die die These der Anhänger der Deflationstheorie stützen würde.

### III. DAS PROBLEM DER MÖGLICHKEIT EINER UNTERVERBRAUCHSTHEORIE, ALSO EINER THEORIE, DIE VOM ENTGEGENGESetzten POLE ALS DIE DEFLATIONSTHEORIE AUSGEHT.

#### 1. Einwendungen gegen die Unter- verbrauchstheorie.

Unsere wissenschaftliche Erhebung über die Möglichkeit einer Deflationstheorie würde stückhaft bleiben, wenn wir wohl die Unmöglichkeit einer Deflation nachweisen, die Einwendungen und Bedenken jedoch nicht aus dem Wege räumen würden, die gegen die entgegengesetzte Theorie, nämlich die Unterverbrauchstheorie, ausgesprochen wurden, wie ich sie in meiner Broschüre über die Weltkrise entwickelt habe. Denn unsere einleitenden Bemerkungen, in welchen behauptet wurde, dass grundsätzlich nur zwei Theorien möglich seien, auf die man letzten Endes die übrigen zurückführen könne, könnten bezüglich ihrer Stichhaltigkeit zweifelhaft erscheinen, und man könnte sagen: „Erweist sich die Deflationstheorie als nicht haltbar, konnten aber auch die Bedenken und Einwendungen nicht behoben werden, die gegen die Unterverbrauchstheorie vorgebracht wurden, dann dürfte offenbar irgendeine dritte Theorie richtig sein, die sich weder auf die eine noch die andere zurückführen lässt.“ Deshalb werde ich mich hier mit den betreffenden Einwendungen auseinandersetzen.

Es wird behauptet: „Die Rationalisierungstheorie müsste in erster Linie aufklären, wieso es möglich sei, dass die Preissenkung infolge der Rationalisierung allge-

mein und plötzlich komme, wo doch der Rationalisierungsprozess allmählich und von einem Fachgebiete zum anderen vorwärtsschreitet.“

Weiters: „Eine Preissenkung infolge der Rationalisierung müsste doch eine Erweiterung der Erzeugung, (da ein Preisfall ohne erweiterte Erzeugung wieder zu einem Preisaufstieg führen müsste), und demnach, wenn die Einkommen sich nicht ermässigt haben, eine Erhöhung des Wohlstandes zur Folge haben. Eine Preissenkung müsse eben in diesem Falle keine Senkung der Einkommen zur Folge haben, da die Unternehmungen für den Preisfall durch erweiterten Absatz entschädigt werden und daher die Erträge und infolge dessen auch die Einkommen keine Herabsetzung erfahren müssen. Es sei wohl richtig, dass die einzelnen Arbeiter aus der Arbeit entlassen werden, aber der Verlust ihres Verbrauches wirkt sich nicht am Gesamtverbrauche aus, da der Verbrauchsabgang der einen durch den erhöhten Verbrauch der übrigen Schichten wettgemacht werde.“

Also: Aus der Rationalisierung entstehe kein Unterverbrauch, keine Erzeugungs- und Absatzkrise, sondern vielmehr eine Erhöhung des Gesamtwohlstandes. Die Erhöhung der Arbeitslosigkeit könne nur eine soziale Krise hervorrufen (einer einzigen Schichte, der Arbeiterschichte, soweit sie die Arbeitslosigkeit infolge der Mechanisierung getroffen hat). Die Rationalisierungstheorie kläre daher die Krise nicht auf, wogegen man mit Hilfe der Deflationstheorie eine vollkommen zufriedenstellende Erläuterung geben könne.

## 2. Entkräftung dieser Einwendungen.

Die erwähnten Einwendungen sind auf drei irrigen Voraussetzungen aufgebaut, die ich der Reihe nach anführe.

### a) Die irrige Voraussetzung, dass die Unterverbrauchstheorie die Rationalisierung als die einzige Ursache der Weltkrise ansehe.

Waren die gegen die Rationalisierungstheorie gerichteten Einwendungen gegen meine Unterverbrauchstheorie gekehrt, dann muss ich in erster Reihe einwenden, dass meine Theorie nicht getreu wiedergegeben wurde. Nirgends habe ich nämlich behauptet, dass die „Distributions- und Unterverbrauchskrise“ — so bezeichne ich nämlich die Weltkrise — nur durch die Rationalisierung hervorgerufen wurde, sondern ich spreche von der Rationalisierung bloß als von einem Trieb von mehreren der gemeinsamen Ursachenwurzeln, von welcher der Unterverbrauch herrührt. Eine spezielle „Rationalisierungstheorie“ gibt es also überhaupt nicht. Ausdrücklich spreche ich davon, dass quantitativ die Rationalisierung weitaus nicht die wichtigste Ursache vorstellt, sondern dass der Verbrauchswegfall der Länder mit Silberwährung, die durch den Silbersturz in ihrer Kaufkraft verarmten, die Börsenkrache (der amerikanische und nach ihm der europäische), die Ratengeschäfte, die es erlauben, dass der Verbraucher seinen Verbrauch auf Jahre hinaus im Vorhinein aufzehrt, und schliesslich die psychischen Ursachen (eine gewisse Deprimierung), die vom Verbrauche abraten, quantitativ wichtigere Posten des Unterverbrauches darstellen, dass jedoch die Rationalisierung qualitativ wichtig sei, weil ihre Schädlichkeit mit dem Wesen des kapitalistischen Systems zusammenhängt. Es darf also nicht — bei getreuer Wiedergabe meiner Ausführungen — „die Deflationskrisentheorie“ der Rationalisierungstheorie“ entgegen gestellt werden, weil sich dies ganz und gar nicht mit dem deckt, was ich behauptete, sondern sie muss der „Unterverbrauchskrisentheorie“

entgegengestellt werden. Wären jedoch meine Behauptungen richtig wiedergegeben und auch die übrigen Ursachen des Unterverbrauchs angeführt worden, deren beispielsweise Aufzählung meine Publikation enthält, würde es sich sofort ergeben haben, dass, wenn es auch gelänge, bezüglich der Rationalisierung nachzuweisen, dass sie keinen Unterverbrauch und keine Krise, sondern Wohlstand hervorrufe, ein solcher Beweis bezüglich der übrigen Ursachen, die von mir angeführt wurden, versagen würde, und dass meine Unterverbrauchstheorie der Deflationstheorie nicht so leicht unterlegen wäre, wie es mit Hilfe des besagten Versehens gelungen ist.

Bezüglich der Rationalisierung ist wohl der Nachweis, dass sie keinen Unterverbrauch und keine Krise, sondern im Gegenteil ein Anwachsen der Produktivität und des Wohlstandes hervorruft, nur auf Grund zweier irriger Voraussetzungen gelungen, wie sich gleich ergeben wird.

b) *Die irrige Voraussetzung, dass die Preise während der Weltkrise infolge der Rationalisierung gesunken sind.*

Bei den besagten Einwendungen wird von einem Preisfall infolge der Rationalisierung gesprochen. Es wird nämlich angenommen (auf Grund wessen, weiss ich allerdings nicht), dass die „Rationalisierungstheorie“ den Preissturz während der Weltkrise mit einer Herabsetzung der Erzeugungskosten infolge der Rationalisierung erläutert. Ein solcher Preisfall infolge von Rationalisierungsersparnissen würde aber doch offensichtlich keine Krise hervorrufen, sondern den Wohlstand erhöhen, da die Verbilligung der Erzeugnisse bei nicht herabgesetzten Einkommen es den Einkommensinhabern offenkundig gestatten würde, von den verbilligten Er-

zeugnissen mehr zu kaufen, oder für den Unterschied andere Erzeugnisse zu kaufen, und folglich besser zu leben. Mit anderen Worten: mit der Annahme, dass die „Rationalisierungstheorie die Preissenkung während der Krise durch eine Herabsetzung der Erzeugungskosten infolge der Rationalisierung auslegt, *wird dieser Theorie ein ganz aufgelegter Widerspruch in den Mund gelegt*, denn es wird ihr auf der einen Seite der Ausspruch unterlegt: *die Rationalisierung ruft Wohlstand hervor*; auf der anderen Seite der Ausspruch: *die Rationalisierung verursacht die Krise*. Es macht nichts weiter aus, dass dieser Widerspruch in der Einwendung nicht so scharf und unmittelbar ausgesprochen wird. Dieser Widerspruch ist in der besagten Voraussetzung notwendigerweise enthalten und dadurch wird der Beweis von der Unhaltbarkeit der Unterverbrauchstheorie selbstverständlich erleichtert.

In Wirklichkeit behauptet jedoch die Unterverbrauchstheorie wohl etwas ganz anderes, nämlich 1. dass die rationalisierten Unternehmungen leider eben die Preise nicht so ermässigten, wie sie es konnten und sollten, 2. dass die Rationalisierung eben dadurch zur Arbeitslosigkeit und somit zum Unterverbrauch geführt hat. Die Unterverbrauchstheorie sieht dann in dem Umstande, dass die Ergebnisse der Rationalisierungsersparnisse entweder überhaupt nicht oder nur unbedeutend zu Gunsten einer Preissenkung angewendet wurden, eine der Hauptursachen der Krise, weil dadurch die Differenzierung\*) behindert wurde. Die Schuld daran, dass die Preise nicht so sanken, wie sie sollten, trifft allerdings nicht die Rationalisierung an sich, sondern *das fieber-*

\*) Entstehung neuer Industrie- und Erwerbszweige, die die durch die Rationalisierung überflüssig gewordenen Arbeitskräfte aufsaugen sollen.

*hafte Tempo*, zu dem sie aufgepeitscht wurde. Belege dafür, dass die Unterverbrauchstheorie die Preissenkung während der Krise keineswegs durch eine Ermässigung der Erzeugungskosten infolge der Rationalisierung, sondern durch den Unterverbrauch infolge der Beschäftigungslosigkeit, welche letztere die Rationalisierung mit verschuldete, auslegt, findet sich an einigen Stellen meiner Broschüre über die Krise vor, wo ich unter anderem ausdrücklich behauptete, dass von den Rationalisierungsparsnissen der letzte Verbraucher fast gar keinen oder wenigstens keinen wesentlichen Nutzen hatte. Zu einem Nutzen hätte der Endkonsum auf *zwei Wegen* gelangen können. Einerseits unmittelbar dadurch, dass der *Preis der Güter gesunken* wäre und er also bei ungeschmälerter Höhe seiner Einkünfte seinen Wohlstand um den aus der Preissenkung hervorgegangenen Unterschied vermehrt hätte. Andererseits auch mittelbar dadurch, dass die Rationalisierungsparsnisse dem Unternehmer für seinen persönlichen Verbrauch, z. B. den Aktionären in Form der Dividenden, *und so mittelbar den Endverbrauchsziwecken zu Gute gekommen* wären. Der Erfolg hat sich in keiner der genannten Richtungen voll eingestellt: entweder überhaupt nicht, oder nur in sehr unbedeutendem Masse. *Die Preise sind nicht merklich gesunken*, einerseits deshalb, weil sich die Unternehmungen in dem ungesunden Investitions- und Rationalisierungsfieber für eine weitere Rationalisierung vorbereiteten und daher verschiedene Investitionseinrichtungen in weit kürzeren Fristen als je zuvor abschreiben mussten. Wenn dies die Bilanzvorschriften nicht gestatteten, musste dies im Wege verschiedener Reserven geschehen, aber es musste notwendigerweise auf Kosten der Preisermässigung erfolgen. Diese beschleunigte Erneuerung geschah zweifellos auf Rechnung und Kosten des Verbrauchers,

denn die schnelle Amortisation bildete auch einen Regeiposten und erhöhte so mittelbar den Preis des Erzeugnisses, bzw. erlaubte es nicht, dass er herabgesetzt werde, wie dies bei der allmählichen Amortisation vor dem Kriege geschehen wäre. (Der Verbraucher zahlte sich wohl oft überflüssig auf die rasche Erneuerung der Maschinen zu, da die neuen Maschinen dann ihre volle Leistungsfähigkeit, für die sie eingerichtet waren, nicht entfalten konnten, indem sie sich durch die Maschinisierung den Verbraucher, den sie beliefern sollten, von der Erzeugung und dadurch auch vom Verbrauch selbst ausschlossen.)

Die Preissenkung wurde im Laufe des Zeitabschnittes der fieberhaften Rationalisierung weiters mit Erfolg auch von zahlreichen Kartellen und Trusten, welche die Preise in einer gewissen Stabilität hielten, um Reservenansammlungen für weitere Investitionen zu ermöglichen, aufgehalten. Nur vereinzelt hat die Rationalisierung zu einer merklichen Preissenkung geführt (Ford, Bata).

Aber nicht einmal mittelbar hat der Verbrauch durch die Rationalisierung eine angemessene Stärkung erfahren. Die Unternehmungen verwendeten, auch wenn sie durch die Rationalisierung an den Erzeugungskosten ersparten, die Ersparnisse bloß zu einem geringen Teil für Zwecke des letzten Verbrauches (z. B. durch Gewinnaufteilung unter die Aktionäre in Form von Dividenden), und den Rest, d. i. den grössten Teil, verwendeten sie wiederum zu neuen, namentlich maschinellen Investitionen und somit zur Erhöhung ihrer Rationalisierungsmethoden. Die Rationalisierungsparsnisse wurden also in beiden Fällen vor dem Verbrauchsstadium meistenteils vom Unternehmen für neue Investitionen zurückgehalten. Und so wurde das letzte Glied der Ver-

brauchskette, d. i. der Mensch als Verbraucher — und zwar weder der Unternehmer selbst (z. B. der Aktionär), noch irgend ein anderer Verbraucher — auch nicht im Entferntesten der „Hauptbedachte“ aus der Rationalisierung.

Wer schöpfte also eigentlich den Rahm der ganzen Rationalisierung ab? Cui bono? Meiner Ansicht nach war es die innere technische Ausstattung der Industrieunternehmungen. Es wurden dieselben für eine ungeheuerere Leistungsfähigkeit mit einer billigen Erzeugungsmöglichkeit eingerichtet, diese wurde jedoch nicht voll ausgenützt, da einerseits die Zölle, andererseits der Wegfall von Verbrauchern infolge der Arbeitsmechanisierung, nämlich die Arbeiterentlassungen die Absatzmöglichkeit einschränkten. Diese soeben geschilderte Erscheinung möchte ich als *Überkapitalisierung* bezeichnen. Dieser Vorgang war eigentlich unwirtschaftlich; es war doch gewiss Verschwendung, wenn Unternehmungen mit Investitionen ausgestattet wurden, die sich nicht ausnützen konnten (denn statt dessen hätten notwendige Güter für diese Zeit hergestellt werden können). *Dieser Schaden war jedoch nicht allzu gross*, da die Krise doch nicht aus Mangel an Gütern entstanden ist: Die *Überkapitalisierung* in diesem Sinne bedeutet also eine Verschiebung des Gleichgewichtes zwischen dem letzten Verbraucher und der Kapitalisierung zu Ungunsten jenes und zu Gunsten dieser und kann zu überflüssigen Investitionen führen (wenn wir die Sache vom Standpunkte der Gesamtheit und nicht vom privatwirtschaftlichen Standpunkte der Geldrentabilität betrachten). Ein grosser Schaden entsteht aber und ein sehr ernstes Problem taucht auf, wenn wir bedenken, dass sich die kapitalisierten Beträge in ein solches Kapital (z. B. Maschinen) umwandeln, dessen Sendung es ist, für den Verbraucher und somit

gerade für jenen zu erzeugen, der durch die allzu starke Kapitalbildung just vom Verbräuche ausgeschlossen wurde (Beschäftigungslosigkeit). Was würden wir zu einem Menschen sagen, der seine Pferde verkaufen und dann erst für sie herrliche Stallungen bauen würde? Die Menschheit hat sich mit ihrer ganzen Energie auf die Vorbereitung der Erzeugungsmöglichkeit (maschinelle Ausrüstung) statt auf die Erzeugung selbst geworfen, die Frucht der menschlichen Arbeit hat sich in ständig neuer maschineller Ausrüstung geäussert. Alles bedeutete Vorbereitung, wenig die Tat. Die Menschheit — bildlich gesprochen — schränkte sich im Essen ein (Zwagssparmassnahmen, Nichtverteilung des Gewinnes usw.), um sich eine Küche möglichst gut auszustatten und auszurüsten, und als dieselbe endlich mit dem Kochen loslegen sollte, konnte die Menschheit an dem Essen nicht mehr teilnehmen, da ihr die Lust zum Essen vergangen war (die Verbrauchskraft geschwunden war). Die Kritik, die meine Arbeit beurteilte, ging also von einer, wie ich annehme, irrigen Voraussetzung aus, nämlich der, dass die Speisen aus dieser Küche nunmehr deshalb so billig verkauft werden, weil es die Erzeugungskosten gestatten, weil die Kücheneinrichtung so wirtschaftlich arbeitet (Preissenkung infolge von Rationalisierungsersparnissen). Es ist jedoch vielmehr richtig, dass aus Gründen des *Unterverbrauches* so billig verkauft wird, also deshalb, weil sich ein Teil der Menschheit nicht einmal diese billigen Erzeugnisse vergönnen darf, und weil der andere sich sagt: „Niemand weiss, was kommen wird; es ist daher klüger, wir schränken unseren Verbrauch möglichst ein und werden lieber Bargeld bereit halten“ (sie kapitalisieren also).

Mit der irrigen Voraussetzung, dass die Rationalisie-

rung nahezu selbsttätig zur Herabsetzung der Preise und zu Wohlstand führt — statt dass sie in Wirklichkeit gar oft zu keiner Preissenkung, sondern zu einer Senkung der Verbraucherzahl infolge der bewirkten Arbeitslosigkeit und so mittelbar zum Unterverbrauch führt — hängt auch die weitere irrige Voraussetzung zusammen, dass es infolge der Rationalisierung zu keiner Krise der Staatsfinanzen kommen könne, da angeblich nur die Geldeinkommen der Arbeitslosen verschwinden. In Wirklichkeit sieht jedoch die Unterverbrauchstheorie die staatliche Finanzkrise nicht in dem Wegfall der Einkommen der Arbeitslosen, sondern in der wirtschaftlichen Zerrütung, welche durch den Unterverbrauch eintritt. Durch ihn sinken nämlich die Erträge der Unternehmungen, daher auch die Einkommen der Haushalte und somit der ganze Wohlstand des Volkes. Diese Senkung spricht sich in Bälde in einer Senkung des Ertrages aller direkten und indirekten Steuern aus und verursacht eine Finanzkrise.

c) *Die irrige Voraussetzung, dass man den Unterverbrauch infolge der Arbeitslosigkeit durch den Überverbrauch der übrigen Verbraucher ersetzen könne.*

Eine weitere irrige Voraussetzung, auf welcher sich die Einwendungen gegen die Unterverbrauchstheorie aufbauen, ist die, dass die verloren gegangene Kaufkraft der beschäftigungslosen Arbeiterschaft durch die erhöhte Kaufkraft der übrigen *Bevölkerungsschichten* voll ersetzt werde. Ich widme einen bedeutenden Teil meiner kritisierten Arbeit gerade dem Nachweise, dass dies nicht möglich ist.

Mann könnte einwenden: „Zugegeben, dass durch die Arbeitslosigkeit der Verbrauch der Konsumenten der Genussgüter und somit der letzten Glieder der Ver-

brauchskette gedrosselt wird. Daraus folgt, dass die Kapitalisierung angeregt wird. Mündet aber die Kapitalisierung selbst nicht auch in eine gewisse Art von Verbrauch? Gehen die ersparten Beträge (z. B. durch Vermittlung der Banken) nicht in die Hände der Unternehmer über, die dafür Fabriken, Maschinen usw. anschaffen? Es ist wohl kein Endverbrauch, aber ein Verbrauch ist es sicher auch.“

Mit dieser Einwendung setze ich mich gleich zu Beginn meiner Broschüre über die Krise (auf Seite 8—9) auseinander. Der Kapitalisierungsverbrauch,\*<sup>)</sup> d. i. der Verbrauch, dem die kapitalisierten Ersparnisse dienen, kann niemals den endgültigen Verbrauch ersetzen, da er eine ganz andere Erzeugung hervorlockt. *Und darin steckt eben das ganze Übel.* Der Kapitalisierungsverbrauch lockt den Bau von Fabriken, die Einrichtung maschineller Ausrüstung usw. hervor. Die Kapitalisierung an sich ist sicherlich eine sehr nützliche Sache. Sie war es, die der Menschheit zum Wohlstande verholpen hat. Wenn nicht die einen gespart, also weniger verbraucht hätten, als sie konnten, wäre niemals Kapital (Maschinen usw.) zustande gekommen. Aber das, woran früher Mangel herrschte, ist auf einmal in Überfluss vorhanden. Aber auch nicht absolut. An sich könnte der Kapitalsüberfluss niemals schädlich sein. Er würde es der Menschheit gestatten, mit ihm nicht sparen zu müssen,

\*<sup>)</sup> In meinem Buche spreche ich nicht von „Kapitalisierungs-“ im Gegensatz zum „endgültigen Verbrauch“, da hiedurch leicht ein Doppelsinn aufkommen könnte. Daher, wo ich dort vom Verbrauch schlechthin spreche, habe ich regelmässig den „endgültigen Verbrauch“ im Sinne, wogegen ich den Kapitalisierungsverbrauch mit dem Ausdrucke Kapitalisierung bezeichne, obwohl auch diess nicht ganz genau ist, weil einmal unter Kapitalisierung die ersparten Beträge, ein andermal das, was hiefür angeschafft wird, verstanden wird.

sondern verschwenderisch umgehen zu können. Dies wäre kein Schaden. „Superflua non nocent“ gerade hier. Aber der Schaden besteht darin, dass die Kapitalbildung nicht nur auf Kosten des endgültigen Verbrauches erfolgte, sondern dass sie mit dem endgültigen Verbrauch direkt in eine Gegenbewegung, *in einen Interessengegensatz* gerieten. *Denn das Anwachsen des Kapitals* (Mechanisierung, Maschinisierung) *erfolgt nunmehr nur um das Opfer des Wegfalles eines Teiles der Verbraucher, obwohl das angewachsene Kapital ihrer nicht nur mehr ertragen, sondern geradeaus mehr benötigen würde. Der wachsende Verbrauch* (durch Zuwachs der Bevölkerung und ihrer Bedürfnisse) *würde mehr Kapital aufbrauchen, erzielt es aber nur um das Opfer des Absterbens bestimmter seiner* (Verbraucher-) *Zweige. Kurz, das Kapital entsteht auf den Trümmern dessen, wofür es entstanden ist.* Zum Unterschiede von dem Vogel Phönix, der aus seiner Asche geboren wurde, begräbt sich das Kapital in seinem Fett. Je mehr davon auf diese Weise entsteht, desto mehr Nägel hat es in seinen Sarg eingeschlagen. Weil es die Nahrung, von der es leben soll (nämlich den Verbraucher), im vorhinein *aufgezehrt* hat.

Dieses Missverhältnis ist ungesund. Werden alle Verbraucher erhalten, dann möge man kapitalisieren und rationalisieren, so viel man will, aber *erst dann*. Die Sache verläuft so: Es kommt zu einer technischen Erfindung (es wird rationalisiert und mechanisiert). An Stelle des *endgültigen Verbrauchers*, der seines in den endgültigen Verbrauch mündenden Einkommens verlustig wird, tritt nun in die Arbeit eine Art Golem (künstlicher Mensch) ein, dessen billige Arbeit für den Unternehmer eine gewisse Ersparnis bedeutet; diese Er-

sparnis wird kapitalisiert\*) und hiefür ein neuer Golem (Überkapitalisierung) angeschafft. Es wird wieder ein endgültiger Konsument samt Einkommen ausgeschieden und diese Ersparnis neuerlich kapitalisiert. Und nun tritt der bekannte Widerspruch in Erscheinung, von dem ich ständig in meiner Publikation spreche: Die Golems arbeiten und stellen Güter für die Menschen her (für den endgültigen Verbrauch). Sie stellen sie rascher als die Menschen her, bringen davon mehr und wirtschaftlicher hervor. Für die vermittels ihrer selbst erzielten Ersparnisse werden neue Golems angeschafft (es wird kapitalisiert). Je mehr die Technik vorwärts schreitet, desto mehr nimmt die Zahl der Golems zu, desto weniger Menschen mit endgültigem Einkommen, mit endgültigem Verbrauch bleiben übrig, da die Golems die Menschen aus der Erzeugung, vom Einkommen, vom Verbrauch verdrängen. Die Golems selbst konsumieren jedoch nicht, sie bringen ständig mehr und mehr Güter für die Menschen mit endgültigem Einkommen und endgültigem Konsum hervor.

Man wird einwenden: „Es entspricht doch gar nicht der Wahrheit, dass die Golems nur für den endgültigen Verbrauch erzeugen.“ Das stimmt, aber sie mögen erzeugen, was immer sie auch wollen, schliesslich hängt die Erzeugung doch nur von dem letzten Verbrauch — der Menschen — ab, denn, wenn dieser entfällt, wird hiedurch jeder Zwischenverbrauch eingestellt.

Nun eine *Frage*: Woher nimmt man unter solchen Umständen genügend Menschen mit Kaufkraft, damit

---

\*) Im Sinne von „wird in Kapital umgewandelt“, z. B. in Maschinen a contr. in „endgültigen Verbrauch“; keineswegs also in dem Sinne von „sich berechnen, welchem Geldkapitale ein bestimmter Zinssatz oder Ertrag entspricht, indem man den Zins mit einem bestimmten Koeffizienten multipliziert“.

sie das verbrauchen, was die Golems hergestellt haben, her, woher nehmen die Menschen, die von den Golems aus der Erzeugung und vom Einkommen verdrängt wurden, die Möglichkeit her, zu den Gütern zu gelangen, die die Golems ausspeien, zu denen jedoch der Zutritt nur durch Vermittlung von Einkommen führt, um die sie Golems gebracht haben? Nun wendet mir die Kritik ein: Der Konsum, der den Arbeitslosen abgeht, kommt den übrigen zugute. Ich stimme zu, behaupte aber, dass für diese Verbrauchskraft, die der Kapitalisierung\*) zugute kommt, ständig neue Golems beschafft werden, und *be- haupte weiter, dass es für den Wirtschaftslauf nicht gleichgültig ist, ob die Verbrauchskraft bei den Men- schen verbleibt, welche konsumieren, d. h. sich die von den Golems hergestellten Güter beschaffen, oder ob für diese Verbrauchskraft neue Golems angeschafft werden, die die Erzeugung für die Menschen um ein Bedeutendes vervielfältigen, dieselben Menschen aber der Mög- lichkeit berauben, zum Verbräuche dieser Erzeugung zu gelangen.*

Man wird einwenden: Auch die, welche Maschinen herstellen, sind doch Verbraucher, folglich beraubt selbst diese Erzeugung, die für den Kapitalisierungsverbrauch arbeitet, nicht den endgültigen Konsumenten um sein Einkommen. Darauf ist zu erwidern: Es kommt nicht darauf an, wer erzeugt, sondern was erzeugt wird. Jede Erzeugung, selbst die Maschinenerzeugung, schafft Ein- kommen für jene, die daran beteiligt sind. Wird aber

\*) In Wirklichkeit kapitalisiert eigentlich einen etwaigen Über- schuss des Verbrauchsenkommens nicht der letzte Verbraucher, da ja das Unternehmen, wie gezeigt wurde, den Ertrag bei sich zurückhält, denselben nicht in den Haushalt durchlässt, ihn nicht verteilt, sondern ihn unmittelbar in Kapital (in Investitionen, Ma- schinen) umwandelt.

z. B. Kleidung hergestellt, so wird durch diese Er- zeugung die Zahl der Verbraucher nicht verringert, wird jedoch bei der Erzeugung von Maschinen, welche menschliche Arbeit ersetzen, übers Ziel geschossen, so werden aus der Erzeugung Verbraucher ausgeschaltet, die man, wenn ihre Zahl durch Verkürzung der Arbeits- zeit nicht erhöht wird, nicht mehr wieder in den Erzeu- gungsprozess und somit in den Konsum einfügen kann ausser vermittels der Differenzierung. Und gerade in dieser Beziehung ist folgendes festzustellen: Wenn trotz der Rationalisierung die Preise nicht fallen, wie sie es könnten und sollten, dann wird der Differenzierungs- prozess verzögert, da den Verbrauchern keine Kaufkraft übrig bleibt, um eine neue (differenzierte) Erzeugung hervorrufen zu können. Wenn aber die Rationalisierung übermässig schnell fortschreitet, so bleibt auch nicht ge- nügend Investitionskapital für eine (differenzierte) neue Erzeugung übrig, da die alten Erzeugungszweige zuviel davon für sich in Anspruch nehmen, um die maschinelle Einrichtung und andere Investitionen mit grösster Be- schleunigung zu erneuern. Die Differenzierung erfor- dert nämlich:

1. Investitionskapital für eine neue Erzeugung. (Dieses wird jedoch zum grossen Teile von alten Erzeu- gungszweigen aufgebraucht, wenn bei der Rationalisie- rung übers Ziel geschossen wird; z. B. wenn der grössere Teil des Ertrages im Unternehmen selbst verbleibt und nicht in Form von Dividenden aufgeteilt wird, deren bedeutender Teil in den Banken angelegt werden wür- de und für weitere Kredite zur Verfügung wäre.)

2. Eine bestimmte Zeit, damit neue Erzeugungs- und Erwerbszweige entstehen und die überflüssigen Arbeits-

kräfte, die infolge der Rationalisierung freigeworden sind, aufsaugen können.

3. Neue Verbraucher, d. i. eine neu hinzugekommene Kaufkraft.\*) Dieselbe kann entweder durch Vermehrung der Zahl der Einkommenbesitzer oder durch eine Steigung der Lohnhöhe bei gleichen Preisen entstehen (beides infolge einer erhöhten Erzeugung). Geschieht das letztere jedoch auf Kosten der Zahl der Beschäftigten, dann steigt nicht die Kaufkraft, sondern sie sinkt; oder sie kann durch eine Preissenkung bei ungekürzten Löhnen entstehen und die Kaufkraft wird für eine neue Erzeugung durch die Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes frei. In allen Fällen liegt also die Voraussetzung vor, dass die Zahl der Verbraucher nicht herabgesetzt wird. (Schädlichkeit der Arbeitslosigkeit.)

Die Differenzierung verlangt also, dass sich die Allgemeinheit die Arbeitskräfte in der neuen Erzeugung dadurch aushalte, dass sie der neuen Erzeugung Investitionskapital gewährt und ihre Erzeugnisse zu kaufen bereit ist. *Verfällt jedoch die Arbeiterschaft, die von den alten Erzeugungszweigen als überflüssig ausgeschieden wurde, rascher in Arbeitslosigkeit, als die für Neuinvestitionen und für Betriebsauslagen der Differenzierungserzeugung benötigte Kaufkraft entsteht, kann keine Differenzierung aufkommen.* Die Wirklichkeit verlief dann m. E. n. folgendermassen: Das Kapital, das zu Neuinvestitionen dienen konnte, hielten die Unternehmungen alter Erzeugung zum grossen Teil für die rasche Erneuerung ihrer maschinellen Einrichtung zurück, wodurch sich die Zahl der Endverbraucher verringerte; neue, für den Betrieb einer neuen Erzeugung notwendige Kaufkraft (für den Absatz der Differenzierungs-Erzeugung),

\*) Da es sich hier nur um eine geldliche Kaufkraft handeln kann, so wird das Problem nur von der Geldseite aus gelöst.

die nur die grossen Massen zu bieten vermögen, gab es nicht genügend, da die Preise nicht rasch genug fielen, wodurch neue Kaufkraft entstanden wäre, und soweit die Löhne stiegen, wurden sie nur auf Kosten der Zahl der Verbraucher nach dem Leitwort: „gut gezahlte Arbeitskräfte, aber in möglichst geringer Anzahl“, erhöht. Die Kaufkraft, soweit sie durch Akkumulierung und Konzentrierung entstand, konnte nur den Investitionen zugute kommen und keinesfalls zur Ausdehnung des Absatzes der Differenzierungs-Erzeugung beitragen, da sie kapitalisiert und nicht für den endgültigen Verbrauch verwendet wird.

*Daher stellt die Rationalisierungssteuer, die ich in meiner Broschüre vorgeschlagen habe, eben einen Versuch dar, mittels von Zwangsverbänden die Differenzierungserzeugung anzuregen.*

Aus dieser Erwägung, glaube ich, geht hervor, dass auch die letzte Voraussetzung der Einwendungen gegen die Unterverbrauchstheorie auf einem Irrtum beruht.

Denken wir uns nun diese irrigen Voraussetzungen weg, die es gestatteten, dass in der Rationalisierung ein selbsttätig zu einer Preissenkung unter Beibehaltung gleicher Einkommen und somit zur Erlangung eines erhöhten Wohlstandes führendes Mittel gesehen werde, dann wird es offenkundig, dass gerade die hemmungslos ausgepeitschte Rationalisierung eine der wichtigsten Ursachen des Unterverbrauches und der relativen Überproduktion, also von Erscheinungen darstellt, die so typisch für die Weltkrise sind. Trotzdem wird aber die Rationalisierung keineswegs zur Grundlage irgend einer „Rationalisierungstheorie“, sondern sie bleibt bloss einer von den Zweigen der „Unterverbrauchstheorie“.

Nunmehr klären sich auch die letzten Bedenken, die die Kritik ausgesprochen hat, warum nämlich die Preis-

senkung während der Krise eine allgemeine war. Die Ursache dieser allgemeinen Erscheinung ist daher nicht die Senkung der Erzeugungskosten infolge der Rationalisierung, sondern der allgemeine Unterverbrauch, den die Rationalisierung mittelbar mitverschuldet hat.

#### IV. PRAKTISCHE FOLGERUNGEN UNSERER UNTERSUCHUNG.

Bisher haben wir uns mit der theoretischen Möglichkeit der Deflationstheorie beschäftigt. In unserem Falle war diese Untersuchung besonders gewichtig, weil, obwohl immer theoretische Haltung in praktische Forderungen mündet, im gegebenen Falle ein theoretischer Irrtum praktisch die verderblichsten Folgen zeitigen kann.

Wir haben erkannt, dass als grundlegendes Kriterium einer Änderung im (Tausch) Werte der Geldeinheit (Inflation und Deflation) eine Änderung im ganzen ziffermässigen Geldmechanismus, also im System sowohl der Erträge, wie der Preise und der Einkommen, eintreten muss; dass Änderungen im (Tausch) Werte der Güter diese Folgen nicht haben, sodass einer ziffermässigen Änderung nur das eine oder das andere der Systeme des Geldmechanismus, mitunter sogar zwei von ihnen, niemals aber alle drei unterliegen, dass beispielsweise bei einer Änderung des Umfanges der ganzen Erzeugung nur das Preissystem in Bewegung geraten würde. Bei einer Distributionsänderung, wo ein grosser Teil des Verbrauches entfällt, verhält es sich jedoch genau so, als ob die ganze Erzeugung auf eine solche Stufe emporgewachsen würde, dass die Verbrauchsmöglichkeit nicht gleichen Schritt halten könnte. Hier tritt dann allerdings nicht nur eine *Preissenkung*, sondern darüber hinaus *auch noch eine Senkung der Erträge ein*. Dadurch entsteht aber immer noch keine Deflation, sondern es bleibt immer noch bei einer Wertbewegung auf

Seite der Güter. Es ist nun naheliegend zu erklären: „Lasst uns also noch die Herabsetzung der Einkommen durchführen! Was schadet es, wenn hiemit die Geldeinheit aufgewertet und eine Deflation konsequent beendet wird, indem eine gleichmässige Änderung in allen Systemen des Geldmechanismus eingetreten ist?“ Aber das gerade, behaupte ich, dürfen wir niemals machen, da wir gleichzeitig auch die Schulden aufwerten und die Stellung der Schuldner (also sowohl der Unternehmungen wie diejenige des Staates) verschlechtern, ja, unerträglich machen würden. Wir müssen daher im Gegenteil für eine Besserung und Erhöhung des Verbrauches kämpfen, damit die Preise und damit auch die Erträge normal sich gestalten. Die Preissenkung ist in diesem Falle von Seite der Güter genau so ausgegangen, wie wenn es zu einer *absoluten Übererzeugung* käme, und deshalb besteht keine Notwendigkeit, die Einkommen den gesunkenen Preisen anzupassen. Wenn das Gold in seinem Tauschwert gestiegen wäre, gäbe es wohl keine Hilfe, und die Änderung, die in den Erträgen und Preisen eintrat, müsste sich auch in den Einkommen durchsetzen, und diese letzte These von der angeblichen Goldaufwertung vertreten eben die Anhänger der Deflation. (In Wirklichkeit wäre wohl der Lauf der Ereignisse in beiden Fällen nicht der gleiche. Die Senkung ginge im Falle der Goldaufwertung *von den Erträgen zu den Einkommen* und erst zuletzt wäre die Senkung in die Preise überggesprungen: beim Unterverbrauch ging jedoch die Senkung von den Preisen zu den Erträgen und wird ganz überflüssig und ungesunderweise auf die Einkünfte übertragen, d. h. es wird tatsächlich eine Aufwertung der Geldeinheit durchgeführt, es *wird überflüssiger Weise eine Deflation (Geldaufwertung) und Schuldenaufwertung vorgenommen.*) Der Verlauf

des Unterverbrauches hat also mit dem Verlaufe einer freiwilligen und beabsichtigten Deflation (wie es beispielsweise in der Č. S. R. die Deflation im Jahre 1922 war, welche, wie oben gezeigt wurde, eigentlich nur bei einer ungebundenen Währung, d. i. bei einer Währung, die in keiner festen Beziehung zum Golde oder zu einer Goldwährung steht), das gemeinsam, dass man in beiden Fällen noch im letzten Augenblicke einer bis in alle Folgerungen durchgeführten Deflation vorbeugen und sich des abschliessenden Schrittes enthalten kann, der eine Aufwertung der Geldeinheit und damit auch der Schulden herbeiführen würde. Bei der Zwangsdeflation (die z. B. infolge einer Goldaufwertung eintreten würde, z. B. wegen Goldmangel bei geänderten Erzeugungsverhältnissen), wäre dies nicht möglich, und eine Senkung würde sich in allen Systemen des Geldmechanismus trotz allen gegenteiligen Anstrengungen durchsetzen.

Dies gibt uns auch eine Aufklärung darüber, warum die verschiedenen Staaten bei gleichen Krisenanzeichen verschiedenartigen Krisenlösungen zustreben. Die einen führen eine Deflation ein, (sie setzen die Einkünfte herab), z. B. Deutschland, die anderen eine Inflation (wenigstens eine Kreditinflation), um dadurch zu höheren Preisen zu gelangen (Vereinigte Staaten). Die Welt befindet sich gegenwärtig eben an jenem psychologischen Punkte, wo die Preise und Erträge gesunken sind und wo es möglich ist, entweder die Deflation durch eine Herabsetzung der Einkünfte zu verwirklichen, oder ihr durch eine Preiserhöhung vorzubeugen. Ich sehe wohl keine *endgültige* Heilung in der Preiserhöhung ohne Ausheilung des Unterverbrauches (Beseitigung der Arbeitslosigkeit). Sollte ich aber als Amerikaner zwischen der deutschen und der in der Union geplanten Lösung wählen, würde ich mich weit eher für

die amerikanische Lösung entscheiden. Die Wirtschaft befindet sich nämlich gegenwärtig in einem *circulus vitiosus*: Die Preise sinken, da Unterverbrauch herrscht, und der Unterverbrauch schreitet fort, da bei sinkenden Preisen und Erträgen die Beschäftigung abnimmt. Die amerikanische Kreditanregung wird vielleicht den ersten Anstoss zu geben imstande sein, damit die Wirtschaft aus diesem besagten Kreise hinauskomme. Die Kreditinflation kann zwar niemals die weggefallenen Verbraucher (Arbeitslosen) ersetzen, sie kann aber vielleicht den Weg dazu freimachen, ohne die amerikanische Währung zu gefährden. Allerdings könnten sich das, was sich die Union ohne Gefährdung ihrer Währung leisten kann, nicht andere Staaten, namentlich die kleinen erlauben.

Betrachten wir nunmehr die Versuche um eine Lösung der Krise, die die einzelnen Länder durchgeführt haben. Was ist allen diesen Versuchen gemeinsam? Das einzige, dass sie die Krise für sich, in ihren Grenzen isoliert und daher lokal lösen. Ich habe eine zwischenstaatliche Lösung empfohlen, weil sowohl die Krise als auch die Arbeitslosigkeit auf der ganzen Erde herrschen. Das bedeutet nicht nur, dass die Krise überall ausgebrochen ist, sondern dass, solange sie nicht überall in der Welt gebrochen wird, sie in kürzester Zeit mit ihrem Schubabsatze die Wirtschaft neuerlich auch dort zermalmen wird, wo sie vermutlich örtlich behoben war. Deshalb hilft eine örtliche Lösung nicht und sie wird es auch künftig nicht. Den Brennpunkt des Krisenproblems erblicke ich im allgemeinen Misstrauen (sogenannte Vertrauenskrise) und in der Arbeitslosigkeit. Leider nimmt die Mehrheit der Welt an, dass die Arbeitslosigkeit nur ein *Begleitsymptom* der Krise sei und dass also, wenn die Krise nachlässt, auch sie abflauen wird. Ich teile

diese Meinung nicht und glaube, dass die Arbeitslosigkeit (wohl nicht im heutigen Umfange) die Krise mitverursacht hat, und bin überzeugt, dass, falls wir die Beschäftigungslosigkeit nicht heilen werden, bis zum Absterben warten können, bevor die Krise und mit ihr die Arbeitslosigkeit schwinden. Eine andere endgültige Lösung als die zwischenstaatliche sehe ich für die Arbeitslosigkeit nicht. Denn, auf welche Weise immer wir sie lösen wollen, ob mit Steuern, Verkürzung der Arbeitszeit oder sonstige, unausweichlich werden wir stets das Unternehmertum belasten. Belasten wir es nicht gleichmässig in der ganzen Welt, erschweren wir ihm die Wettbewerbsfähigkeit und gelangen aus dem Regen in die Traufe. Warum wird bei der Abrüstung die Notwendigkeit einer zwischenstaatlichen Vereinbarung anerkannt und nicht bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit? Obwohl alles in der Welt dem Internationalismus zustrebt, obwohl es heute keine „entfernten Länder“ gibt, sondern alle Ländern gegenseitig unter Zuhilfenahme der Verkehrsmittel usw. eigentlich Nachbarn sind, ist das wirtschaftliche Gebiet das einzige, wo keine Weltlösung, sondern eine örtliche beliebt ist und wo sich die Staaten in ihrer Absonderung so gütlich tun, wie Schnecken in ihrem Häuschen. Die Staaten sprechen wohl gerne von Zusammenarbeit, tun aber das Gegenteil davon. Sie wollen die Arbeitslosigkeit beheben, jeder aber auf Kosten der übrigen Länder, durch erhöhte Ausfuhr und gedrosselte Einfuhr. Merkantilistische Denkungsart herrscht fast wie unter Ludwig XIV. vor. Amerika hat kürzlich diese Ara mit den Prohibitivzöllen eingeleitet. England folgte mit seinen Währungsmassnahmen u. Zöllen, Deutschland mit der Herabsetzung der Löhne u. Mitteleuropa blieb in gar nichts zurück, usw. Ein solches Beginnen nenne ich „die Jagd nach dem

letzten Verbraucher“ nach dem Motto: Lieber die letzte Pflaume auf dem Baume des Nachbarn, als die Sorge um den eigenen Baum und als Belohnung dafür die Pflaumenerte einen Buckel voll. Denn, was wird schliesslich mit dieser Jagd nach dem letzten Verbraucher für die Weltlösung erreicht? Nichts, rein gar nichts. Das, was der eine gewinnt, verliert der andere, und worum die Arbeitslosigkeit auf der einen Seite verringert wird, erhöht sie sich auf der anderen. Das ist keine Lösung, das ist Fortwursteln, da sich die einen auf dem Rücken der anderen sanieren wollen und das Ergebnis davon ist, dass alle dem wirtschaftlichen Zerfall zustreben. Dieser Wettbewerbskampf führte vor der Krise zu übermässiger Rationalisierung, nunmehr führt er dazu, dass die Arbeitslosigkeit, statt zu sinken, weiter wächst. In der Wirtschaftspraxis war es üblich, dass sich Wettbewerbsindustrien, wenn sie einander nicht durch Machtmittel niederringen konnten, regelmässig zu Kartellen zusammenschlossen. Die Staaten bringen dies nicht zuwege. In ihrer merkantilistischen Verblendung machen sie lieber Dumping. Und das ist wieder ein Begriff, dessen zwischenstaatliche Fassung notwendig ist. Zuerst galt als Dumping die Ausfuhr aus Ländern mit entwerteter Währung, später aus Ländern mit niedrigeren Löhnen und niedrigerem Lebensstandard einiger Völker anderen gegenüber, weiters die Ausfuhr von Waren, die durch Sträflingsarbeit hergestellt wurden usw. Warum sollte aber nicht auch neue Maschinenausrüstung (Rationalisierung), deren Beschaffung nur eine Frage der Leistungsfähigkeit des Kapitals bedeutet, den Tatbestand des Dumpings bilden? Und so sehen wir, dass die Frage des zwischenstaatlichen unlauteren Wettbewerbs auch ein Thema darstellt, mit dem sich ein zwischenstaatliches Forum anlässlich der gegenwärtigen Krise

gründlich befassen sollte, denn gerade hier fällt auch die Lösung der Arbeitslosigkeit. Die Staaten haben jedoch lieber einen anderen Weg gewählt. Statt der zwischenstaatlichen Solidarität haben sie den Weg der dichten Absperrung gewählt, sodass sie sowohl den Weg des Ausflusses, als auch des Wareneinzuges verstopfen. Das Bewilligungsregime, die Kontingent- und Kompensationsverträge, kurzum die handelspolitische Gebundenheit in der schärfsten Form machen wohl Befürchtungen vor dem Dumping unmöglich, sie vereiteln aber auch eine zwischenstaatliche Arbeitsteilung der Wirtschaft, sie machen wohl die Opfer Englands und Deutschlands, soweit sie deren Handels- und Zahlungsbilanz stärken und die Arbeitslosigkeit verringern sollten, zunichte, aber sie werfen uns zurück in die Zeiten, wo sich jeder Haushalt alles das herstellte, was er brauchte und nicht mehr verbrauchen konnte, als das, was er sich erzeugte, denn einen Tausch gab es nicht. Diese Verhältnisse können sich nicht dauernd erhalten, sonst wäre ein jeder Exportstaat gezwungen, seinen ganzen Aufbau von einem Ausfuhrstaat auf einen selbstgenügsamen im wahren Sinne des Wortes umzustellen — und das wäre ein tüchtiger Schritt rückwärts.

Inzwischen wird leider die Heilung der Krise erschwert, da jeder Stand und jedes Land ihre eigene Auffassung von der Krise haben, indem sie deren Quelle dort sehen, wo sie gerne ehestens eine Besserung ihrer Schwierigkeiten erzielen würden. Deshalb sieht der Agrarierstand die Krisenquelle in der landwirtschaftlichen Krise, Deutschland in den Wiedergutmachungszahlungen, England in der ungleichmässigen Verteilung der Goldvorräte, da es selbst sich nicht zu den beati possidentes zählt, die Kirche in der moralischen und religiösen Lauheit, die Industriellen in den Zollschränken usw.

Persönlich vertrete ich jedoch die Ansicht, dass wir die Krise nicht *endgültig* bewältigen, solange wir uns nicht zu einer zwischenstaatlichen Behebung des gegenseitigen Misstrauens und zu einer zwischenstaatlichen Regelung des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit und damit zu einer Besserung des Verbrauches durcharbeiten. Eine gewisse Wendung zum Besseren, wenn auch in erster Reihe nur eine psychische und keine endgültige, möchte ich in der Einleitung einer liberaleren Kreditpolitik sehen. Mit den Deflationseingriffen vom vergangenen Jahre bei der Mehrzahl der Staaten und ihrer engbrüstigen Kreditpolitik wurde die Krise verschärft und verlängert.

---